

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
Wochensatz 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
frei ins Haus, bezugsfähig. Einzelne
Nummern 10 Pf. Bestellungen: Wochensatz
1,50 Mk. unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 2,00 Mk.,
für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich.
Berland ins Reich bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.
Bestellungen nehmen an: Adressat,
Postamt, Berlin, Lindenstr. 3, 1. B.,
Postfach 1000, oder in die
Volks-Zeitungs-Vertriebsstelle.
Erscheint täglich.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonntag, den 2. Dezember 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der Anzeigenpreis
Bekanntlich die stehende (paarweise) Anzeigen-
preise 20 Pf. „Kleine Anzeigen“,
bei festgesetzter Zeit 20 Pf. (paar-
weise) 2 festgesetzte Worte, jedoch
weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen
und Stellenangelegenheiten das erste
Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Fernsprech-Anzeigen 30 Pf.,
Familien-Anzeigen 50 Pf.,
persönliche u. genealogische Anzeigen
Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
gegeben werden. Schlußzeit von 3 Uhr
ab bis 7 Uhr abends.

Rußland zum Sonderfrieden bereit.

Wiedern heftige Schlacht bei Cambrai — Die Engländer in Gegenangriffen zurückgeworfen — Weiderseits Banteux die ersten feindlichen Linien durchstoßen, Dorf Gonnellien genommen und gehalten — 1000 Gefangene — Italienische Angriffe gegen Monte Vertica.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. Dezember 1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern blieb die Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen.

Südöstlich von Arras hielt das verstärkte Feuer an.

Die Schlacht bei Cambrai ist gestern erneut mit großer Heftigkeit entbrannt! Eigene Gegenangriffe zur Verbesserung unserer Stellungen hatten vollen Erfolg. Stärkste Feuerwirkung von Artillerie und Minenwerfern bahnte unserer Infanterie den Weg in die feindlichen Linien. Zwischen Moeuvres und Bourlon und von Fontaine und La Folie heraus warfen wir den Feind auf die Dörfer Graincourt, Annezin und Contain zurück.

Weiderseits von Banteux erkämpften unsere Truppen von der Scheibe heraus die Höhen auf dem Westufer des Flusses, durchstießen die ersten feindlichen Linien und nahmen die Dörfer Gonnellien und Villers Guislain. Der zähe sich wehrende Feind erlitt schwere Verluste. 1000 Engländer wurden gefangen, mehrere Batterien wurden erbeutet.

Gegenangriffe, die der Feind am Abend gegen Sonne-Heu auch unter Einsatz von Panzerwagen und Kavallerie führte, brachen verlustreich zusammen.

Scharfer Feuerkampf hielt auf dem Schlachtfelde die Nacht hindurch an.

Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem östlichen Maasufer war die Kampftätigkeit der Artillerie zeitweilig stark.

Rittmeister Freiherr v. Nischhofen errang seinen 63., Leutnant Klein seinen 22. Lusttag.

Ostlicher Kriegsschauplatz und Mazedonische Front keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Angriffe der Italiener gegen den Monte Vertica scheiterten.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 1. Dezember 1917, abends. Amtlich.

Auf dem Schlachtfelde bei Cambrai sind starke englische Gegenangriffe gegen die von uns gestern genommenen Stellungen gescheitert.

Von den anderen Fronten nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. Dezember 1917. (B. Z. S.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf dem Monte Vertica wurden italienische Vorstöße abge schlagen.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Unverändert.

Albanien.

Westlich von Korca bereiteten albanische Freischaren durch ungefümt einschende Gegenstöße einen französischen Angriff. Der Chef des Generalstabes.

Arbeitskammern.

Von Robert Schmidt.

Zu den sozialpolitischen Aufgaben, die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses gerückt sind, gehört u. a. die Errichtung von Arbeitskammern. Es handelt sich dabei um eine alte Forderung der Arbeiter. Sie ist von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt im Reichstage erhoben worden und erhielt ihre erste Formulierung in dem Arbeiterchuggesetz-Entwurf der sozialdemokratischen Partei vom Jahre 1885. Die Regierung hat ihre anfänglich ablehnende Haltung in der Frage aufgegeben; sie hat auch zweimal einen Gesetzentwurf auf Schaffung einer gesetzlich anerkannten Arbeitervertretung dem Reichstag vorgelegt. Der letzte Entwurf scheiterte an dem Widerstande der Regierung. Der die Beschlüsse des Reichstags zu weit gingen. Im wesentlichen handelte es sich um die höchst kleinsten Streitfragen, ob Arbeitersekretäre in die Arbeitskammer gewählt werden dürften und ob die Arbeitskammer sich auch auf die Angestellten in staatlichen Betrieben erstrecken sollte.

Da nunmehr die Frage der Schaffung einer Interessenvertretung der Arbeiter wieder aktuell geworden ist und die Regierung ihren Widerstand in den oben erwähnten Fragen aufgegeben hat, erheben sich die Arbeiter, die in ihrer Kreis ihre Wünsche in präziser Form zum Ausdruck bringen. Das ist inzwischen geschehen. Es sind die sämtlichen Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände zusammengetreten, um — unter Anführung an den ehemaligen Regierungsentwurf — eine Reformulierung des Gesetzes durchzuführen. Diese Reformulierung des Gesetzes soll dem Reichstag unterbreitet werden und bei der Zustimmung, mit der in dieser Frage die Wünsche in Arbeiter- und Angestelltenkreisen erhoben werden, ist anzunehmen, daß diesen Wünschen nunmehr Rechnung getragen werden wird.

Aus dem Inhalt des ausgearbeiteten Entwurfs mögen folgende, von dem alten Arbeitskammer-Gesetzentwurf grundlegend abweichende Forderungen hervorgehoben werden: Der neue Entwurf hebt die Bildung der Arbeitskammern nach Bezirken auf und fordert die Bildung nach Bezirken. Dabei soll der Berufseigentümlichkeit dadurch Rechnung getragen werden, daß die Kammern für die einzelnen Gewerbebetriebe, für Land- und Forstwirtschaft, für technische und kaufmännische Angestellte, besondere Abteilungen bilden. Der Organisation ist durch diese Forderung eine breitere Grundlage gegeben und ein umfassendes Gebiet zu praktischer Wirksamkeit eröffnet. Natürlich sollen auch die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Arbeitskammern angeschlossen werden. Es bleibt also keine Berufsgruppe außerhalb des Tätigkeitsgebietes der Arbeitskammern.

Ueber die Aufgaben der Arbeitskammern sagt der § 2 des Gesetzentwurfs folgendes:

Insonderheit gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern und der Abteilungen (§ 16):

1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern;
2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im § 1 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirke mitzuwirken sowie Gutachten zu erteilen insbesondere über:
 - a) den Erlaß von Vorschriften auf Grund von §§ 105b Abs. 2 und 3, 105d, 105e Abs. 1, §§ 120, 120a, 128, 139a, 139b bis m, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung; § 62 des Handelsgesetzbuches und von Vergütungsvorschriften, die den Schutz des Lebens oder der Gesundheit der Arbeiter und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes bezwecken, sowie von entsprechenden Polizei- und anderen Vorschriften auf Grund der Reichs- und Landesgesetzgebung;
 - b) die in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verhältnisse;
3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 1) betreffen, zu beraten;
4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken;
5. Mitwirkung bei der Regelung des gewerblichen und kaufmännischen Lehrlings- und Schulwesens, sowie Anteilnahme an der Schulverwaltung;
6. Förderung der Bestrebungen zum Abschluß von Tarifverträgen, insbesondere durch Sammlung von Material, sowie auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken;
7. die Errichtung von Sachauschüssen für die Hausindustrie und deren Tätigkeit, insbesondere durch Vereinbarung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fördern;

Vervollständigter Text des russischen Aufrufs.

Friedensverhandlungen am 1. Dezember — Sonderfrieden mit Deutschland.

Der Text des russischen Friedensvorschlags, den die österreichische Regierung veröffentlicht hat, ist nicht vollständig. Es fehlt eine Reihe wichtiger Sätze, die wir nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur vom 29. November, wiedergegeben im Kopenhagener „Socialdemokraten“, nachtragen:

An die Kriegführenden Völker!

Als Antwort auf unseren Vorschlag, augenblicklich an allen Fronten Waffenstillstand zu schließen mit dem Ziel des sofortigen Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegentscheidungen mit dem Recht für alle Nationen, frei über ihre Schicksale zu verfügen, schlägt der Oberkommandierende Sonderdeputierte Anstalts vor, den Beginn der Verhandlungen zu verschieben auf den 10. November (alten Stils, 1. Dezember neuer Zeitrechnung), damit man aus neue den Regierungen der Alliierten vorschlagen kann, ihre Stellung zu den Friedensverhandlungen festzulegen. Die militärischen Operationen sind durch gegenseitige Vereinbarung eingestellt und es haben keinerlei Truppenverschiebungen in den letzten fünf Tagen stattgefunden dürfen. Wir erstreben eine augenblickliche Antwort von den Arbeiterklassen in den alliierten Ländern: Wünschen Sie, daß am 1. Dezember Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollen? Die Frage ist klar und deutsch gestellt.

Soldaten, Proletariat, Arbeiter und Bauern! Folgt Ihr zusammen mit uns entscheidende Schritte zum Völkerfrieden? Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns an die Arbeitermassen in Deutschland, Oesterreich, Türkei und Bulgarien. Der Friede, den wir vorschlagen, muß auf loyalem Verständnis beruhen, bei jedem Volk freie Entwicklung seines ökonomischen und kulturellen Lebens steht. Ein solcher Friede kann nur geschlossen werden mit Hilfe eines direkten und mutigen Kampfes der revolutionären Massen gegen die imperialistischen Pläne und Eroberungsbestrebungen.

Die hegemonische Revolutionsregierung legt kein Gewicht darauf, von den professionellen Ausübenden der kapitalistischen Diplomatie anerkannt zu werden.

Die Antwort auf diese Frage (ob die Diplomatie Ausdruck der Völkervünsche ist) muß gegeben werden, aber keine Antwort in Worten, sondern eine Antwort, die ihren Ausschlag durch Taten gibt.

Das russische Volk und das russische Volk will und kann nicht länger warten. Am 1. Dezember beginnen wir Friedensverhandlungen.

lungen. Wenn die Alliierten keine Bevollmächtigten senden, werden wir uns in Verhandlungen mit den Deutschen allein einlassen. Wir erstreben den allgemeinen Frieden; aber wenn die Bourgeoisien in den alliierten Ländern uns zwingen, einen Separatfrieden zu schließen, so wird die Verantwortung dafür auf sie fallen.

Soldaten, Arbeiter, Bauern in Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten, Belgien und Serbien! Am 1. Dezember findet die Eröffnung der Friedensverhandlungen statt. Wir erwarten eure Bevollmächtigten. Handelt! Verliert nicht eine Stunde! Nieder mit dem Winterfeldzug! Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden und die Würdigkeit der Völker!

Mittlerweile hat, wie bekannt, die gegenwärtige deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, auf das russische Friedensangebot einzugehen und die deutsche Volksvertretung hat zu dieser Haltung der Regierung ihre Zustimmung ausgesprochen. Es besteht daher für die deutschen Arbeiter in diesem Augenblick kein Grund, auf den Sturz der Regierung hinzuwirken. Desto mehr besteht aber für sie und ihre Vertreter die Pflicht, in wachsender Bereitschaft dafür zu sorgen, daß die Verhandlungen in wahrhaft demokratischem Geiste geführt werden, damit das erstrebte Ziel auch wirklich erreicht wird.

Vertagung des Reichstags.

Der Reichstag hat sich gestern gegen den entschiedenen Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion und der Unabhängigen vertagt.

Die Gründe dieses Widerspruchs sind aus dem Bericht erkenntlich und überdies außerordentlich einleuchtend. Während über den Frieden im Osten entschieden wird, muß der Reichstag beisammen bleiben! Erreicht wurde aber nur, daß der Präsident erklärte, eine lange Vertagung sei nicht beabsichtigt und die Einladung zur nächsten Sitzung werde eventuell telegraphisch erfolgen.

Verdächtig wurde der Widerstand der Sozialdemokraten durch gewisse Vorgänge in der Haushaltskommission, die Litauen betreffen, und einstweilen vertraulich behandelt werden. Es handelte sich um einen Tatbestand, der von Sohn (Unabh. Soz.) vorgebracht, von Erzberger bestätigt wurde, und der Scheidemann zu der Bemerkung veranlaßte, die Politik müsse in der Wilhelmstraße und nicht im Hauptquartier gemacht werden. Inzwischen werden ja hoffentlich die Friedensunterhaltungen mit Rußland beginnen, und da wird sich bald herausstellen, daß man mit der bolschewistischen Regierung nicht nach Methoden der Geheimdiplomatie verhandeln kann.

8. Förderung des mühsamerwerbenden Arbeitnehmers.

9. Vermittlung bei der Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten;
10. Ermächtigung von Sachverständigen auf Ansuchen der Behörden.

Die Arbeitskammern können selbständig Umfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirke vornehmen.
Die Arbeitskammern können durch Beschluß den von den Berufsgenossenschaften in die Sozialversicherung als angemessen festgestellten Zuschläge und ähnliche Kosten geben.

Bekanntlich ist in Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Meinung sehr weit verbreitet, daß eigentlich die Zusammenfassung der Arbeiter in die Arbeitskammern in Aussicht genommen ist, — die in gleicher Zahl Arbeiter resp. Angestellte und Unternehmer vorstellt — recht wenig begründet erscheint. Man verlangt die Errichtung von Arbeiterkammern, in der Arbeiter und Angestellte ihre sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen selbständig erörtern und behandeln. Der Entwurf kommt diesem Verlangen zu einem guten Teile entgegen, indem er die Einrichtung treffen will, daß die Arbeitskammern nur aus den Arbeitnehmern bestehende besondere Abteilungen bilden, die — unabhängig von dem Einfluß der Unternehmer — gewisse Anforderungen, Anträge und Wünsche der Arbeiter und Angestellten allein beraten und beschließen sollen. Die Aufgaben dieser Abteilungen lassen sich kurz dahin zusammenfassen: Es sollen Wünsche und Anträge der Arbeitnehmer für die Beratung in den Gesamtarbeitskammern vorbereitet werden; es sollen eventuell Erhebungen über Höhe der Löhne, die Anwendung für die Lebenshaltung sowie über die Dauer der Arbeitszeit veranstaltet werden; es soll Aufgabe der Abteilungen sein, seitens der Staats- und Gemeindebehörden gewünschte anläßliche Änderungen abzugeben und schließlich sollen die Abteilungen die Befugnisse haben, Anträge, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten betreffen, an die Staats- und Gemeindebehörden oder ihre Organe zu richten. Damit will der Entwurf bezwecken, daß ein gewisser Aufgabenkreis, der zunächst nur die Arbeiter und Angestellten angeht, von diesen unbeeinträchtigt beraten wird und aUch ihrer Beschlussfassung unterliegt.

Ein sehr wichtiges neues Kapitel in dem Entwurf bilden die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, die Schlichtungsstellen und die Einigungsämter. Es sind das die Einrichtungen, die aus dem Hilfsdienstgesetz in veränderter Form und angepaßt den Verhältnissen zur Friedenszeit übernommen sind.

Die Arbeiterausschüsse sollen in allen Betrieben mit 20 oder mehr Arbeitern obligatorisch errichtet werden. Dergleichen soll für die Angestellten, falls mindestens zwanzig nach dem B. G. J. A. versicherungspflichtige Angestellte im Betriebe beschäftigt sind, ein besonderer Ausschuß gebildet werden. Diese Ausschüsse haben Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter resp. Angestellten, die sich aus Betriebsbedingungen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seine Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen, sich darüber zu äußern und eine Vermittlung herbeizuführen.

Die Schlichtungsstelle soll für einen kleineren Bezirk errichtet werden; ihre Wirksamkeit ist so gedacht, daß sie örtliche Differenzen ausgleichen soll. Entstehen in einem Betriebe Streitigkeiten über Lohn- oder sonstige Arbeitsbedingungen und kommt eine Einigung durch den Ausschuß nicht zustande, so kann, wenn nicht beide Teile eine andere geeignete Stelle anrufen, von jedem die Schlichtungsstelle angerufen werden. Für kleinere Betriebe, für die ein Angestellten- oder Arbeiterausschuß nicht in Frage kommt, kann bei Differenzen die Schlichtungsstelle unmittelbar angerufen werden. Für die Zusammenfassung der Schlichtungsstelle ist vorgesehen, daß vom Vorsitzenden der Arbeitskammer der Vorsitzende der Schlichtungsstelle berufen wird. Er darf weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Ihm werden zwei ständige und mindestens ein unabhängiger Beisitzer beigegeben. Für die Wahl der Beisitzer kommt eine Proportionalwahl in Anwendung.

Das Einigungsamt umfaßt den Bezirk einer Arbeitskammer. Es soll beauftragt sein, bei wirtschaftlichen Streitigkeiten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses Verhandlungen einzuleiten und einen Schiedsspruch zu fällen. Das Einigungsamt dient auch in einzelnen Streitfällen, die bereits die Schlichtungsstellen beschäftigt haben, als Berufungsinstanz. Die Parteien haben das Recht, bei den Verhandlungen vor den Schlichtungsstellen und Einigungsämtern sich durch einen Vertreter vertreten zu lassen. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, daß Gewerkschaftsangehörige die Interessen der Mitglieder in sachgemäßer Weise vertreten können.

Zur übrigen liegt der Entwurf die paritätische Zusammenfassung der Arbeitskammern vor, er will die Kosten der Einrichtung dem Reich auferlegen und fordert für die Verhandlungen der Arbeitskammern und ihrer Abteilungen die Öffentlichkeit, abgesehen davon, wenn es in besonderen Fällen geboten erscheint, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Das wäre im wesentlichen der Inhalt des Gesetzesentwurfs. Reichstag und Regierung werden nunmehr Gelegenheit haben, gerade an der Hand dieses Entwurfs eine wichtige Forderung der Arbeiter und Angestellten, deren Erfüllung schon zu lange hinausgeschoben worden ist, endlich zu erfüllen. Hoffen wir, daß es den vereinten Kräften der großen Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten gelingt, den Reichstag von der Wichtigkeit dieser Gesetzesmaterie zu überzeugen, damit endlich der Schritt von den Versprechungen zur Tat getan wird.

Der deutsche Gegenstoß bei Cambrai.

Berlin, 1. Dezember. Nach dem blutigen und völligen Scheitern der 16 großen englischen Fliegerflotten um die deutsche U-Bootbasis und nach der gewaltigen Niederlage der Ententeinfanterie in Italien stellen die britischen Berichte seit dem 20. November Tag für Tag ihren Aufmarsch vor Cambrai als größten Sieg des Krieges an der Westfront dar. Ihre Funktionäre wiederholen täglich die Bedeutung des gewonnenen Ehrentages bei Bourlon und Douain, das unter Einsatz höchster Infanterie- und Tankmassen sowie zahlreicher Kavallerie in ihre Hand kam. Die hierbei erlittenen Verluste übertrafen die der Deutschen Fliegerflotten. Nachdem bereits am 24. November der Durchbruch über die Maas als gescheitert angesehen werden konnte, haben nunmehr am 30. November deutsche Gegenkräfte den Engländern den größten Teil des neuer erlangten Ehrentages wieder entzogen.

Der sich läge verteidigende Feind vermochte der deutschen Infanterie, die mit unergieblicher Schwung die vom Feinde besetzten Höhen hinuntertrieb, nicht handzuhalten. Kräftig unterstützt durch die Artillerie, gelang es in erbitterten Kämpfen, südlich von Bourlon, die alte frühere Stellung wieder zu erreichen und unsere Linie über die Chanasse Trave-Cambrai vorzuschieben. Unter schweren blutigen Verlusten für die Engländer wurden sie auf Bourlon, Tancuz und Cantain zurückgeworfen. Der Gegenstoß, der von Süden her gegen die feindliche Einbruchsstelle erfolgte, durch die die feindlichen Linien und führte zur Besetzung der außerhalb unserer früheren Stellung liegenden Orte Gonnelleu und Villers-Guislain. Von dort aus wurde bei Bendhuille unsere frühere Linie wieder erreicht.

Unter den vierzehntausend Gefangenen befinden sich 140 Offiziere. Andere Kräfte griffen während der heißen Schlacht wiederholt aus niedriger Höhe in den Erdkampf ein. Morgen Abend versuchte der englische Führer mit starkem Angriff unter Einsatz von Tanks und Kavallerie gegen Gonnelleu Gelände zu gewinnen. In die dicht gehaltenen feindlichen Sturmkolonnen schlug unser verheerendes Artilleriefeuer und ließ den feindlichen Angriff reißend scheitern. Nach den schweren Kämpfen blieb während der Nacht an den Kampfplätzen das Artilleriefeuer lebhaft. Der 30. November ist ein neuer Ehrentag für unsere Kämpfer, die jahrelang unerschütterlich und erfolgreich der vielfachen Leberigkeit englischer und französischer Heere trauen und jetzt auf neue bewiesen, daß sie nach wie vor von frischem unüberwindlichem Angriffsgeliste besetzt sind.

Englischer Berichtsbericht vom 30. November abends. Gegen 8 Uhr heute früh griff der Feind nach einer heftigen Beschichtung mit starken Kräften in breiter Front südlich von Cambrai zwischen Bendhuille und Erbecoeur an. Kurz nachher entwickelten sich ferner Angriffe gegen unsere Stellungen westlich Cambrai in der Nachbarschaft des Waldes von Bourlon und von Rœuvres. Alle feindlichen Angriffe wurden in Rasnières bei Rœuvres nach mehrstündigem hartem Kampfe, in dem der angreifenden deutschen Infanterie durch unser Artillerie-, Gewehr- und Maschinengewehrfeuer schwere Verluste zugefügt wurden, abgelenkt. Südlich von dem Dorfe Rasnières von der Umgegend von Bonavis bis nach Villers-Guislain glückte es dem Feinde, in unsere Stellungen an verschiedenen Punkten einzudringen, und er kam bis La Bacquerie und Souzeaucourt. Unsere Gegenangriffe haben bereits La Bacquerie wieder gewonnen und den Feind von Souzeaucourt und dem Bergdrieß südlich dieses Dorfes zurückgetrieben. An den anderen Punkten ist der feindliche Angriff gescheitert. Der Kampf dauert an.

Kriegstreiber gegen Friedensmänner.

Bonar Law gegen Lansdowne.

London, 1. Dezember. (Reuter.) 1500 Vertreter konservativer und unionistischer Vereinigungen aus allen Landesteilen versammelten sich, mißbilligten den Brief Lansdownes über die Friedensausichten und erklärten ihr Festhalten an den Kriegszielen der Alliierten, wie sie durch den Premierminister, Bonar Law und Asquith festgelegt worden seien. Im Laufe seiner Rede sagte Bonar Law:

Nicht, daß wir den Frieden nicht wünscheten. Es ist furchtbar, die Fortsetzung des Krieges voranzuziehen, darin sind wir alle einig. Aber warum traten wir in den Krieg ein? Wir begannen ihn nicht nur, um jetzt Frieden zu erhalten, sondern um Sicherheit für den Frieden in der Zukunft zu erlangen. Sie können mir jetzt das durch einen Frieden erreichen! Der Brief Lansdownes gründet sich auf eine Annahme und zwar auf die seltsame Annahme, daß, weil die Deutschen sagen, sie seien bereit, einen Bund der Nationen zu schließen und von Abstraktion zu sprechen, daß deshalb der Friede möglich sei. Wenn wir jetzt Frieden schließen, was würde das heißen? Es würde bedeuten, daß gerade die Männer, die nach meinem Urteil das größte jamaals in der Geschichte begangene Verbrechen begangen hätten, daß gerade die Männer, die die Welt in all diese Qual und dies Elend geführt haben, weiter in der Möglichkeit gelassen würden, mit demselben Werkzeug dasselbe von neuem zu tun, wann immer sich in Zukunft die Gelegenheit dazu ergäbe. Wie werden sie durch einen Vertrag unter den Völkern gebunden sein? Niemand wird behaupten, daß sie dadurch, daß sie einen Vertrag unterzeichnet haben, gebunden sein werden. Und welche Macht gibt es, die sie binden könnte? Heute ist die ganze Welt gegen sie bewaffnet und zusammengeordnet davor, wie es schwerlich wieder der Fall sein wird, und wenn wir jetzt unsere Rechte nicht durchsetzen können, wie wollen wir später unter neuen Bedingungen gegen sie kämpfen? Nein, meine Herren! Es ist schrecklich, daran zu denken. Aber meiner Meinung nach ist es wahr, daß wir dahin gelangt sind, dem deutschen Volke aus die einzige Art, wie es zu dieser Ansicht gebracht werden kann, zu zeigen, daß der Krieg sich nicht bezahl macht und daß ihre Kriegsmaschine die Erfolge nicht erreichen kann, die sie wünschen, und die nur durch einen Sieg erlangt werden können. Auch durch entscheidende Erfolge auf dem Schlachtfeld allein kann der Krieg nicht beendet werden. Lassen Sie die Deutschen nur erst einsehen, daß wir länger aushalten können, als sie, und die Forderung der Alliierten, von der wir so viel hören, wird jeden Tag stärker werden und vielleicht von selbst die Ergebnisse zeitigen, die zu erleben wir uns alle sehnen. Ein auf der Lansdowneschen Grundlage geschlossener Friede würde tatsächlich eine Niederlage für die Entente bedeuten.

Im Laufe seiner Rede sagte Bonar Law noch: Ich sehe vielleicht Gefahren, die uns nicht bedrohen werden, aber wenn diese friedensfreundliche Bewegung durch Lord Lansdownes Brief angestachelt werden und eine Wendung nehmen sollte, die es der Regierung unmöglich machen würde, sich auf die Genehmigung notwendiger Kriegsmassnahmen durch das Unterhaus zu verlassen, so würde der Regierung nur noch ein Weg offen stehen. Um diesen Krieg zu gewinnen, muß die Regierung die Sicherheit haben, daß sie das Volk hinter sich hat. Wenn wir die nicht haben, können wir keinen Erfolg haben. Bonar Law schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens, daß die Regierung die volle Unterstützung des Volkes haben würde bei ihrem Entschlusse, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen.

Nichts kann die große Bedeutung des Lansdowneschen Friedensbriefes besser bezeichnen als diese Rede Bonar Laws, die entstrungen ist aus der Angst des britischen Imperialismus um die bedrohte Weiterführung des Krieges. Bonar Law muß zugeben, daß die Friedensbewegung in England jetzt sich der Stunde nähert, die ihr die entscheidende Macht zuwenden kann. Die draconischen Maßregeln, die Lloyd George vor Wochenfrist gegen die Pazifisten forderte, haben ihr Echo in dem Vorstoß Lansdownes gefunden. Nun wagt Bonar Law das Letzte: er ruft Volk gegen Volk in die Arena. England wird sich auf Stürme gefaßt machen müssen.

Natürlich kommen auch in England die Kriegstreiber mit dem bekannten albernen Einwand, Äußerungen wie die Lansdownes würden als „Zeichen von Schwäche“ gedeutet

werden und Kriegsverlängernd wirken. Der größte Teil der Presse ist auf diesen Ton gestimmt. Nur linksliberale Blätter, wie „Daily News“ und „Manchester Guardian“ zeigen sich vernünftig.

Reuter betont dagegen hochhoffizios den fortdauernden Kriegswillen der Regierung. Er bringt am 1. Dezember folgende Erklärung:

Dem Reuterschen Bureau ist authentisch Mitteilung gemacht worden, daß das Folgende die Ansicht der britischen Regierung über den Brief Lansdownes ist. Lord Lansdowne hat in seinem Brief nur für sich selbst gesprochen. Bevor er ihn schrieb, hat er sich weder mit irgendeinem Mitglied der Regierung darüber beraten noch in Verbindung gesetzt. Die Minister haben den Brief mit ebensolcher Ueberrauschung gelesen wie jedermann sonst. Die in dem Briefe zum Ausdruck gebrachten Anschauungen stellen in keiner Weise die Auffassungen der englischen Regierung dar, noch zeigen sie im geringsten Grade an, daß irgend ein Wechsel oder eine Änderung in der Kriegspolitik Englands eingetreten ist. Diese ist auch jetzt noch die gleiche, welche sie immer gewesen ist, und wie sie durch den Premierminister, durch Asquith, Bonar Law und Balfour umschrieben worden ist. Diese Kriegspolitik ist in mannigfaltigen Reden zum Ausdruck gebracht worden, aber vielleicht ist sie am besten in der unlängst erfolgten Äußerung Clemenceaus zusammengefaßt worden, welche lautet: die Kriegsziele, für welche wir kämpfen, das ist der Sieg.

Lansdowne selbst erklärte einem Interviewer, daß er nur für sich allein gesprochen habe. Bemerkenswert ist, daß der frühere Arbeiterminister Henderson in einer Unterredung seine Zustimmung zu Lansdownes Ausführungen ausdrückte.

Die Versammlung im russischen Hauptquartier.

Bolschewitsche Haftbefehle.

Stockholm, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Kowaja Schin“ teilt mit, daß ein Haftbefehl gegen Werchowshy, Koltentjew und Tschernow an alle Armeekorpsorganisationen des revolutionären Komitees und der Frontsoldaten erging. Er wird damit begründet, daß sich genannte Personen im Hauptquartier versammelten, um eine neue Regierung zu bilden und Entfernung zu verweigern. Das Schriftstück bezeichnet genannte Personen als Handlanger der Bourgeoisie. Am 23. November kamen in Moskau Witschugow, Dinawer und die Generale Werchowshy und Zwanow an. Unter den neuesten verbotenen vier Petrograder Blättern befindet sich Plechanows „Jedinstwo“.

Stockholm, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wegen Teilnahme an der Organisation der Militäraktion gegen die Bolschewitsch erteilte die Leninregierung Haftbefehle gegen Zeretelli, Dan und Liber.

Werchowshy war der letzte Kriegsminister der gestürzten Provisorischen Regierung, der der Partei der Sozialisten-Revolutionäre nahesteht. Tschernow und Koltentjew gehören dem linken und dem rechten Flügel derselben Partei an. Zeretelli und Dan sind Führer der Menschewitsch, die an der Spitze des Zentralkomitees standen, bis der von den Bolschewitsch einberufene und am 7. November eröffnete zweite Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte die Aktion der Bolschewitsch segnete und mithin die alte Exekutive der Sowjets stürzte. Zusammen mit Liber, dem bekanntesten Vertreter des jüdisch-sozialdemokratischen „Bundes“, waren Zeretelli und Dan die energischsten Verfechter der Notwendigkeit der Landesverteidigung. Sie waren das Rückgrat der Regierung Kerenskis. Das Zusammenreffen der genannten Sozialistenführer im Hauptquartier ist auf das Bestreben zurückzuführen, den Bolschewitsch die Bildung einer sozialistischen und demokratischen Koalitionsregierung aufzudrängen. Die Bolschewitsch halten nunmehr mit der Verhaftung der alten Kampfgenossen, die sie Vertreter der Bourgeoisie schimpfen, nicht zurück.

Im Stockholmer „Socialdemokraten“ vom 28. November veröffentlicht Genosse Artok einen Protest gegen die Behandlung, die nach dem Bericht der jüdischen russischen Blätter („Kowaja Schin“, „Jedinstwo“ u. a.) dem Genossen Plechanow von seiten der Bolschewitsch zuteil geworden ist. Nach der „Jedinstwo“ wurden bei ihm drei Hausdurchsuchungen gehalten, wobei man nach Waffen forschte, und Plechanow wurde — wohl infolge der Regierung — von einem schweren Wundstich befallen, so daß der Zustand des alten Revolutionärs jetzt zu ernstlichen Sorgen Anlaß gibt.

Es wird natürlich niemand in der ganzen Internationale geben, der zweifelt Genossenschaftlichen überhaupt bistigt — und zumal solche gegen den alten wissenschaftlichen und propagandistischen Vorläufer der Sozialdemokratie in Russland. Das Urteil über Bestallungen kann von der Tatfrage nicht beeinflusst werden, daß Plechanow während des Krieges eine Haltung eingenommen hat, die mit der Herde in Frankreich verwandt ist und daß er sich selbst dazu hergegeben hat, gegen die Friedensbestrebungen des Sowjet — des J. J. — nicht des jetzigen bolschewistischen — bei den für den „Krieg bis zum Ende“ einsetzenden Sozialisten Frankreichs öffentlich zu protestieren. Auch wenn wir die Erbitterung der den Bolschewitsch anhängenden Massen gegen die politischen Freunde Plechanows begreifen, die noch zuletzt im Vorparlament mit den Bürgerlichen zusammen für radikalste Unterdrückungsmaßregeln gegen die Bolschewitsch gestimmt haben, können wir Satiriker und moralische Mißhandlungen, wie sie nach den zitierten Blättern gegen den alten Mann betätigt worden sind, nicht entschuldigen.

Oberbefehlshaber Duchonin geflohen.

Bien, 1. Dezember. B. I. B. Von einem besonderen Korrespondenten wird uns gemeldet: General Duchonin und die militärischen Vertreter der Entente sind aus dem russischen Großen Hauptquartier geflohen. Die Radiostation des russischen Großen Hauptquartiers ist in Händen der Maximalisten.

Die „Times“ meldet aus Petersburg, daß den Moskauer Zeitungen zufolge General Duchonin einen Tagesbefehl an alle Truppen richtete, in dem er den Grund darlegte, warum er sich weigere, die Verhandlungen mit dem Feinde anzunehmen. Er forderte die Truppen auf, zu erklären, ob sie mit seinem Verhalten einverstanden seien oder nicht. Falls sie es nicht wären, würde er freiwillig das Kommando Achlenko übergeben.

Am 1. Dezember. „Dalkh Chronik“ berichtet aus Beltschburg: Duchonin erfuhr den Oberbefehlshaber an der rumänischen Front, Tschernomir, den Oberbefehl über die russische Heere zu übernehmen.

Die Kreditvorlage im Reichstage.

126. Sitzung, Sonnabend, den 1. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Roederer, v. Krause, Schiffer, vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift das Wort

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (natl.): Als Berichterstatter über den Etat des Auswärtigen Amtes habe ich vom Hauptauschuss den Auftrag erhalten, folgende Erklärung abzugeben:

In den Verhandlungen des Hauptauschusses hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes weitere Mitteilungen über das russische Friedensangebot gemacht. Der Hauptauschuss hat sich einstimmig zu den Erklärungen des Reichskanzlers vom 29. November über seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über den russischen Friedensvorschlag bekannt.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Kriegskreditvorlage.

Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf von Roederer: Die Kriegssteuern, die in erster Linie zur Heranziehung der Kriegsgewinne bestimmt sind, wird rund 5 Milliarden bringen. Der Beitrag, der jetzt veranlagt ist, wird durch die Erhöhungen der direkten Steuern in den Bundesstaaten und Kommunen, die auf etwa 2 Milliarden betragen, stellen die während des Krieges von uns erhobenen direkten Kriegsteuern dar, die zur Deckung des steigenden Zinseszins dienen sollen, wozu sie auch vollkommen ausgereicht haben.

Der große Erfolg unserer Anleihen beweist, daß unsere Art der Kriegsförderung im Einvernehmen mit dem deutschen Volke erfolgt. Freilich stehen uns auf finanziellen Gebiet die größten Aufgaben noch bevor. Wir werden aber während des Krieges den durch drei Jahre verlaufenden Weg weitergehen, d. h. nach Möglichkeit Konsolidieren der Kriegskosten durch langfristige regelmäßig wiederkehrende Anleihen, Aufbringung des Zinsendienstes durch Steuern.

Durchführung eines großen Steuerprogramms aber erst am Schluß des Krieges, wenn wir in der Lage sind, alle wirtschaftlichen und politischen Folgen zu übersehen. Während soll bei der Durchführung dieses Programms nicht der Gedanke an die Steuer sein, sondern der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt. Wenn wir schon im Frühjahr an das gesamte Steuerprogramm herantreten können, dann um so besser.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen. Das Friedensangebot der russischen Regierung ist von der friedensfeindlichen Welt freudig begrüßt worden. Wir erblicken in ihm das wichtigste politische Ereignis des Krieges, den ersten ernstlichen Schritt zum Weltfrieden. Ebenso freudig werden die schwer blutenden Völker die klare Antwort des Herrn Reichskanzlers und der Regierungen von Österreich und Ungarn auf dieses Angebot aufgenommen haben.

Der Herr Reichskanzler hat dem angebotenen Waffenstillstand zugestimmt und hat erklärt, er erblicke in den russischen Friedensvorschlägen eine bis ins Detail Grundzüge für die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Die Vorschläge der russischen Regierung beruhen auf einem

Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Friedensbedingungen des Reichstags vom Juli dieses Jahres verlangen einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, einen Frieden ohne gewaltsame Gebietsveränderungen, einen Frieden ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen eines Volkes. Auf der gleichen Linie bewegt sich die Antwort auf die Paraphrase, zu der die neue Reichsleitung sich bekannt hat. Mit besonderer Betonung hat der Herr Reichskanzler in seiner Erklärung vom Mittwoch hervorgehoben, die Zukunft von Polen, Litauen und Lettland müsse dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen werden. Diese Erklärung haben wir besonders begrüßt. In demselben Sinne hat sich gestern der Staatssekretär von Schlimann im Haushaltsauschuss ausgesprochen. Er hat gesagt, für eine Neugestaltung der Dinge im Osten müsse dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Rechnung getragen werden. Diese Erklärungen der Reichsleitung begrüßen wir mit Genugtuung. Von der verantwortlichen politischen Reichsleitung erwarten wir deshalb auf das Bestimmteste, daß sie die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen

streng im Sinn und Geist dieser Erklärungen führt. Wir erblicken in diesen Erklärungen eine Garantie, an der unseres Erachtens nicht gerüttelt werden darf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die von Russland erhobene Friedenshand muß bei den Mittelmächten ebenso ehrliche Entgegenkommen finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsleitung darf und wird sich nach ihren Erklärungen nur von dem aufrichtigen Bestreben leiten lassen, zu einer Verständigung zu gelangen, die ein dauerndes, freundschaftliches Verhältnis zwischen Russland und Deutschland verbürgt. (Bravo!) Die russische Regierung will mit ihrem Friedensangebot den allgemeinen Frieden herbeiführen. Dem gleichen Willen ist das deutsche Volk besetzt. Wäre die Möglichkeit gegeben, dem wahnwitzigen Völkermordem völlig Einhalt zu gebieten, das deutsche Volk würde das aufrichtig begrüßen und dafür sein Bestes einsetzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zum Unglück der Völker ist jedoch nach den Erklärungen der Staatsmänner in England und Frankreich mit dieser Möglichkeit leider noch nicht zu rechnen. Lloyd George und Clemenceau wollen keine Verständigung, sie wollen den Krieg bis zum Ende. Sie haben das erste Friedensbestreben des Papstes unbeachtet gelassen und das Friedensangebot der russischen Demokratie beiseite geschoben, sie haben erneut zur Fortsetzung der Mordtaten aufgerufen. Aber ihre Kriegsziele lassen die Geheimverträge der Entente keinen Zweifel mehr. Hat Lloyd George doch erst kürzlich noch zynisch mit der Vernichtung des deutschen Handels, der Lebensader unserer Volkswirtschaft, gedroht. Dies Verhalten der Regierungen Englands und Frankreichs zwingt uns nach wie vor, zu unserer Selbstbehauptung unsere Verteidigung stark zu halten. Deshalb stimmen wir den geforderten Kriegskrediten zu. (Bravo!) — Zuruf bei den Unabh. Soz.: Mit Besten! — Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen aber auch bei dieser Gelegenheit von der Reichsleitung nachdrücklich verlangen, daß sie den dringenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Innern schnellstens gerichtet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unter allen Umständen muß dafür Sorge getragen werden, daß die vorhandenen Lebensmittelmittel rationell bewirtschaftet und in erster Linie der menschlichen Ernährung gesichert werden. Die wucherliche Spekulation muß endlich unterbunden und der gemeinschaftliche Schleichhandel rücksichtslos unterdrückt werden, wenn nicht die ganze Organisation der Volksernährung über den Haufen geworfen werden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das

vermerkte System des Preisanzweises scheint allerdings unter dem System Walbow seine neue Aufsperrung zu feiern. Dafür spricht die jetzige skandalöse

Erhöhung des Gaserpreises, gegen die wir auch von dieser Stelle schärfsten Protest erheben müssen. (Bravo! links.) Die Ernährungspolitik des Herrn v. Walbow wandelt Bahnen, die uns zwingen, ihr mit dem allerhöchsten Mißtrauen zu begegnen. — Schwere Sorge bereitet uns auch die Kohlenfrage. Hier müssen alle Anstrengungen einsetzen, um der Bevölkerung die für den Hausbrand notwendige Kohle zu liefern. In den Schwierigkeiten der Ernährung darf unser Volk nicht noch den Unbilden der Mäkte ausgesetzt sein. Das wäre eine zu schwere Belastungsprobe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erfreulicherweise hat die Reichsleitung auf einmütiges Verlangen des Reichstags sich gestern bereit erklärt, die Löhnung unserer Soldaten zu erhöhen. Die Löhnung der Mannschaften soll um ein Drittel, die der Unteroffiziere um ein Fünftel erhöht werden. Ich muß namens meiner Freunde, und wie ich glaube, mit Zustimmung des ganzen Reichstags, aufs dringendste ersuchen, diese Erhöhung nicht erst im Laufe des nächsten Monats, sondern rückwirkend ab 1. November in Kraft treten zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso dringend müssen wir verlangen, daß dem einstimmigen Beschluß des Reichstages auf Erhöhung der Bezüge der verletzten Soldaten und der Hinterbliebenen der Gefallenen baldige Rechnung getragen wird. (Bravo!) Die grundsätzliche Zustimmung der Reichsregierung dazu liegt vor. Die Durchführung kann aber bei der langen Dauer des Krieges nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Ramentlich verlangt die Notlage der Witwen und Waisen gebieterisch schnelle Hilfe. In diesem Zusammenhang muß ich auch auf die Notlage der Arbeiterfamilien hinweisen. Die Reichsleitung hat auch hier gestern grundsätzlich eine Erhöhung der Bezüge und rasche Durchführung zugesagt. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß die armen Familien der Arbeit noch im Laufe dieses Jahres diese dringliche Hilfe erhalten. (Bravo!) Einen großen Teil der zu diesen Maßnahmen erforderlichen Mittel kann die Reichsleitung leicht aufbringen, wenn sorgfältiger bei Beschaffung des Kriegsmaterials geübt wird. Hier wird nicht nur aus dem Vollen geschöpft, hier wird geradezu Verschwendung getrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Abschläge der Handelsgesellschaften der Kriegsindustrie liefern die himmelstreichenden Belege für diese Wirtschaft. Auf Kosten des Volkes werden hier märchenhafte Reichtümer ausgetümt. Vom Kriegsministerium muß entschieden geäußert werden, daß die Reichsleitung gefordert werden. Das Kriegsministerium soll sich weniger um Zensur- und Verfallungsrecht kümmern und dafür mehr

den Kriegsgewinnen und ihren Schiebern auf die Finger schauen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem Herrn Reichsschatzsekretär müssen wir sagen: Seine nächste Steuer muß unseres Erachtens eine schärfere, möglichst restlose Erfassung der Kriegsgewinne sein.

Vor allem aber hoffen wir, daß Selbstbestimmung und Vermeidung von Kriegen mit seinen grauenvollen Opfern, seinen sinnlosen Verwundungen und abscheulichen Unwünschen bald überwunden und allen Völkern den Frieden gibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Meine Fraktion hat Entwürfe eingebracht, die eine Erhöhung der Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere verlangen, sowie Vorlage eines Gesetzentwurfes beim Wiederzusammentritt des Reichstags, der die Renten der Kriegsteilnehmer sowie der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer. Ich hoffe, daß der Herr Reichsschatzsekretär dieser Aufgabe sich ganz besonders widmen wird. Damit wird er sich den Dank der Kriegsteilnehmer mehr verdienen als durch die Art, wie für die Zeichnung von Kriegsanleihen im Felde Propaganda gemacht wird. Es wird die Urlaubsgewährung in vielen Fällen abhängig gemacht von der Zeichnung von Kriegsanleihen. (Hört! hört! bei den Unabh. Soz.) Ferner muß ich ernstlich Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln des Reichs gefordert werden; die Arbeiterbeschäftigungen für Frauen und Kinder müssen wieder hergestellt werden. Für Arbeiter und Arbeiterinnen, die für das Heer arbeiten, müssen die Eisenbahnpreise sofort herabgesetzt werden. Andererseits ist die Zustimmung zu den endlich angebotenen Friedensverhandlungen hat große schon Ausdruck gegeben. Es ist charakteristisch, daß der Friede, nach dem alle Völker sehnen, herbeigeführt wird durch die Sozialisten in Russland, die ungefähr die Anschauung vertreten wie wir in Deutschland. Von der Zukunft der Regierung über die Art, wie die Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollen, sind wir

nicht restlos befriedigt.

Graf Drilling hat gesagt, daß die Mitteilung über die bekannte Kronratsitzung betreffend Polen, Litauen und Lettland den Tatsachen weit voraussetzt. Darin liegt nicht eine ausgesprochene Ablehnung dieser Bestrebungen. Der Wortlaut läßt sogar durch die Möglichkeit zu, daß Russland und Litauen zu Nebenstaaten der preussischen Krone gemacht werden sollen. Das muß völlig ausgeschlossen sein, daß so etwas über den Kopf der Aurländer und Litauer hinweg geschieht.

Europa geht schweren Zeiten nach dem Kriege entgegen und wird die Konfurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika nicht aushalten können, wenn es sich nicht zu einer wirtschaftlichen Einheit in den Vereinigten Staaten von Europa oder einem europäischen Staatenbund zusammenschließt. Auch die europäischen Mächte dürfen davon nicht ausgeschlossen werden. Kriegserische Verheerungen der Staatsmänner Englands, Frankreichs und Italiens können daran nichts ändern, sie sprechen nicht die Meinung der Völker aus. Herrn Ebert freilich und seinen Freunden scheinen diese Verheerungen sehr willkommen gewesen zu sein, denn sonst hätten sie ihre erneute Zustimmung zu den Kriegskrediten kaum begründen können. Die russische Regierung hat sich auch nicht an die Diplomaten, sondern an die Völker gewendet. Und wir Sozialdemokraten haben dafür zu sorgen, daß die Völker zu der Überzeugung kommen, daß sie zu dem Frieden der Verständigung kommen können, der es möglich macht, daß die europäischen Völker sich zu gemeinsamer Kulturarbeit zusammenschließen. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabh. Soz.)

Abg. Graf Westarp (L.): Meine Freunde beurteilen die Tätigkeit des Herrn v. Walbow anders, als Herr Ebert und seine Freunde. Auch in bezug auf die Friedensverhandlungen muß ich der Auffassung des Abg. Ebert die unfrische entgegenstellen: nicht internationale Grundsätze und noch so gut gemeinte Theorien, sondern allein die Sicherheit und Zukunft des Deutschen Reiches müssen der Leitfaden für den Reichskanzler und aller an den Friedensverhandlungen Beteiligten sein. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

General v. Langemann: Dem Abg. Ebert bemerke ich, daß die Robelle zu dem Versorgungsgesetz im Einvernehmen mit dem Reichsmarineamt, dem Kolonialamt und den verschiedenen Kriegsministerien fertiggestellt ist, augenblicklich werden noch Verhandlungen mit den ausländischen Jutillressorces. Bis zur Fertigstellung selbst werden wir wie bisher alles tun, was in unseren Kräften steht, um Härten auszugleichen, insbesondere wollen wir das Los der Kriegswitwen mildern und verhindern, daß sie schlechter gestellt werden als sie vorher als Kriegerfrauen standen. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, die Versorgungsgesetze so zu

gestalten, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegs-hinterbliebenen sagen können: Unter Vaterland, für das wir gekämpft, für das wir unser Liebste hingegeben haben, sorgst für uns. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Sedha (Pol.): Die Erklärung des Reichskanzlers, daß der Selbstbestimmungsrecht der Völker, die bisher der russischen Krone unterworfen, geachtet werden soll, begründen wir als eine bedeutungsvolle Tatsache. Dieser Grundlag muß aber für alle Menschen und alle Völker Geltung haben, wenn er zu einem dauernden Frieden für die Menschheit führen soll. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. David (Soz.): Graf Westarp behauptet, das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefährde die Zukunft und Sicherheit des Reichs. Wir sind allerdings überzeugt, daß die Pläne der Alldeutschen die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen in dem Ziel der Herbeiführung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit Russland ein Ziel von ungeheurer politischer Bedeutung, dessen Erreichung für uns auch die

bedeutendste militärische Sicherung bedeuten würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Ledebour meint, uns sei die Zustimmung zu den Kriegskrediten diesmal schwer gefallen und nur erleichtert worden durch einige friedensfeindliche Äußerungen von Politikern der Entente. Aber auf diese können wir nichts geben, denn sie seien kein Beweis dafür, daß die Mittelmächte den Frieden nicht wollten. Aber an der Tatsache wird auch Kollege Ledebour nicht vorbeigehen können, daß nämlich die Nachhader der Entente das russische Friedensangebot abgelehnt haben und die Fortsetzung des Krieges als ihr Programm der Welt verkündet. In dieser Tatsache liegt die sachliche Begründung unserer Haltung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Ledebour meint, es sei gewissermaßen das Verdienst seiner Freunde, daß die Vertreter der äußeren Völker jetzt das Heft in Russland in der Hand haben, und daraus folgere, die Politik seiner Freunde bei Ablehnung der Kriegskredite sei die richtige gewesen, so will ich ihm darauf erwidern: Daß die Volkswirtschaft heute in Russland das Heft in der Hand hat, daß dort eine demokratische Regierung heute besteht, die ernstlich zum Frieden bereit ist, verdanken wir an allererstem Platz der Politik der Unabhängigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hätten wir deren Politik am 4. August befolgt, hätten wir damit Zwietracht in unser Volk getragen und den Widerstand unseres Volkes gegen eine Welt von Feinden auf diese Weise vermindert, dann wären jetzt nicht in Petersburg die Volkswirtschaft am Regiment, sondern der siegreiche Zar. (Lebhafte Zustimmung.) Und die Volkswirtschaft wären in Sibirien und in Gefängnissen. Die Nachfertigung unserer Politik liegt einmal darin, daß auch heute noch nicht die Nachhader im Westen bereit sind, uns den Frieden zu geben, der durch das russische Friedensprogramm umgrenzt ist und zum andern darin, daß der wirkliche Verlauf der Weltgeschichte unsere Politik gebilligt hat und zum Verdikt der Unabhängigen geführt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten — Widerspruch bei den Unabh. Soz.)

Abg. Zimmermann (natl.): Wir bringen der russischen Volkswirtschaft unsere innigste Sympathie entgegen und hoffen, daß bald wieder das alte freundschaftliche Verhältnis zwischen Russland und uns hergestellt wird. Wenn auch Russland durch das Verlangen seiner militärischen und finanziellen Kraft gewissermaßen gezwungen ist, Frieden zu schließen, so ist es doch eine Großtat, wenn endlich Männer sich dazu ermannen, dies offen auszusprechen. Wir hoffen, daß die russischen Unterhändler auch einsehen werden, daß wir das, was wir an Russland verloren haben, wieder ersetzt bekommen müssen, daß vor allem die Tausende von Zivilgefangenen, die in Russland Hunger und Not erleiden, in die Freiheit zurückgelassen werden.

Abg. Graf Westarp (L.): Das Vorgehen gegen Herrn v. Walbow scheint zu beweisen, daß die Sozialdemokraten bereits wieder eine Wahnpolizei beabsichtigen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man behauptet, seine Politik laufe darauf hinaus, die Lebensmittel noch mehr zu verteuern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei geht man von den Gaserpreisen aus. Bisher ist der Gaser noch kein menschliches Nahrungsmittel. (Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Abg. David hat sich auf Trocki berufen. Trocki aber hat in einer Proklamation sich aufs schärfste gegen die Politik der Freunde des Abg. David ausgesprochen. (Wieder verteuert einiges aus der Proklamation.)

Abg. David (Soz.): Die Schrift Trockis kommt aus dem Jahre 1914, also aus einer Zeit, wo auch der weitaus größte Teil der jetzigen Unabhängigen für die Kredite gestimmt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trocki vertritt darin den Standpunkt, der Krieg müsse beendet werden durch eine internationale proletarische Revolution. Ich bin überzeugt, daß Trocki und seine Freunde durch den Gang der Ereignisse sich haben belehren lassen, daß das eine falsche Rechnung war, denn ich glaube, daß Trocki sich im Gegensatz zu Ledebour durch wirtliche Tatsachen belehren läßt. (Beifall und sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Hauptfrage bleibt, daß die russische Revolution nicht gekommen wäre, wenn die Entente geübt hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haack (Unabh. Soz.): Die Trocki und Lenin haben nach bis zuletzt die Politik Trockis und seiner Freunde bekämpft und freundschaftliche Aufmunterung erteilt werden lassen. Damit schließt die Debatte.

Die Kredite werden gegen die Stimmen der Unabh. Sozialdemokraten bewilligt.

Es folgt die erste Beratung eines von allen Parteien eingehenden Antrages, den Reichskanzler zu erlauben, den Generalen während des Krieges und dem Friedensschluß folgenden Jahres jährlich 30 Millionen Mark zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung zu gewähren.

Beschaffung von Hausbrandlösen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Viefhing (Sp.) weist auf die Notwendigkeit hin, den Gemeinden in der durch den Antrag geforderten Weise zu helfen. Graf Roederer stellt die Zustimmung der Verbündeten Regierungen in Aussicht.

Der Antrag wird angenommen.

Präsident Dr. Kaempf schlägt vor, sich zu vertagen und ihn zu ermächtigen, Termin und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen; eine lange Veratung sei nicht beabsichtigt.

Abg. Scheidemann (Soz.) schlägt vor, die nächste Sitzung Dienstag abzuhalten. In der bedeutenden Situation, in der wir uns angesichts der bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen befinden, müsse der Reichstag jederzeit in der Lage sein, mitzuwirken.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) schließt sich diesem Antrage an. Die Abg. Streifmann (natl.), Fricke (Sp.), Rehrenbock (Sp.), Graf Westarp (L.) bitten, es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu belassen.

Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Schluß: 4 1/2 Uhr.

Groß-Berlin

Bücher für unsere Kinder.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendchriften, die auch in diesem Jahre wieder im Gewerkschaftshaus veranstaltet worden ist, hat sich dieser eines guten Besuches zu erfreuen gehabt. Sie verdient in der Tat die aufmerksamste Beachtung aller Eltern und aller, denen das Wohl unseres Nachwuchses am Herzen liegt. Spielzeug und Lesebuch beeinflussen die Geistesentwicklung eines Kindes so stark, daß bei der Auswahl dieser Erziehungs- und Bildungsmittel nicht vorzüglich genug verfahren werden kann. Die Bemühungen, den Händen der Kinder den Bescheid zu erweisen, sind von der deutschen Volkswirtschaft ausgegangen. Den für Berlin ausschließlich im Gewerkschaftshaus veranstalteten Jugendchriften-Ausstellungen ist es zu danken, daß auch in der Arbeiterbevölkerung das Verständnis für gute Jugendchriften zugenommen hat.

Die Auswahl eines Lesebuches für den Weihnachtstisch den Eltern zu erleichtern, ist der Zweck dieser nun seit anderthalb Jahrzehnten sich Jahr für Jahr wiederholenden Veranstaltung. Schon seit einer Reihe von Jahren wird dabei das vom Bildungsausschuß aufgestellte Bücherverzeichnis zugrunde gelegt. Die Ausstellung bietet die Möglichkeit, die einzelnen Jugendchriften nicht etwa nur von außen zu betrachten, sondern nach ihrem Inhalt sorgfältig und gewissenhaft zu prüfen. Die Jugendchriften für Knaben und Mädchen sind in Gruppen eingeteilt, die sich den verschiedenen Lebensaltern anpassen. Mit den Bilderbüchern für die Kleinsten, denen die Geheimnisse des ABC sich noch nicht erschlossen haben, beginnt die Reihe. Es folgen die Jugendchriften für die Schuljahrgänge, die in mehrere Altersstufen gegliedert sind. Den Schluß machen die Bücher für Schulentlassene, für die reifere Jugend.

Besichtigt werden kann die Ausstellung noch am heutigen Sonntag von 8—7 Uhr, sowie am nächsten Sonnabend und am nächsten Sonntag. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Aus der Kohlendeputation der Stadt Berlin.

Die Deputation beschloß in ihrer jüngsten Sitzung die Errichtung einer Lager- und Verarbeitungsanlage in Blankenfelde, die — allerdings erst vom nächsten Winter an — jährlich 6000 Tonnen Torf — 12 Millionen Stück in Dreiecksform liefern soll. — Der Magistratsberichterstatter teilte mit, daß die Kohlenzufuhr in letzter Zeit zwar etwas besser geworden ist, aber im November doch nur etwa 70—75 Proz. der vom Reichskommissar zugesagten Menge betragen hat. Die sozialdemokratischen Mitglieder verlangten energisch die Einführung der Kundenliste für den Kohlenverkauf und wiesen darauf hin, daß die Bevölkerung den Eindruck habe, daß das Interesse der Händler und nicht der Konsumenten an erster Stelle berücksichtigt werde. Von Magistratsseite wurde darauf erklärt, daß bald eine Entscheidung getroffen werden würde. Daß die Stadt Berlin die Händlerinteressen an erster Stelle berücksichtige, wurden bestritten. — Die Deputation beschloß ferner die Freigabe der Abfuhr der bis Ende Dezember laufenden Kohlenkarte. Diese Maßnahme soll aus organischen Gründen nötig sein. — Mit der Belieferung von Holz lebt es im allgemeinen etwas besser. Für die Heizungsanlagen wird deswegen ein weiteres Quantum von 20 Proz. freigegeben. — Vom 1. Januar 1918 treten neue Richtlinien für die Zuteilung von Kohlen in Kraft. Bekannt ist bereits, daß im Januar anstatt mit 5, in Zukunft mit 10 Zentnern beliefert werden soll. — Um Anspruchsberechtigten zwischen Mietern und ihren Untermietern zu vermeiden, ist die Ausgabe einer Untermieter-Kohlenkarte beschlossen, auf die 5 Zentner Kohle entfallen. Diese Karte wird dem Hauptmieter der Räume ausgehändigt und bleibt in dessen Besitz. Zur Anschaffung von Kohlen hat der Hauptmieter dem Untermieter diese Karte auszugeben. — Ferner sollen diejenigen Wohnungen, in denen keine Wasscheinrichtung vorhanden ist, ebenfalls Sonderkarten für Kohlen erhalten, und zwar geltend bis zu 5 Zentnern in einer Wohnung auf 5 Zentner, bis 7 Zentnern auf 5 Zentner und über 10 Zentnern auf 5 Zentner. Die Räumlichkeiten (Inhaber von Stellen) sollen besondere Zuweisungen an Kohle erhalten. Eine ähnliche Regelung soll die Zuteilung an solche Schiffer erfahren, die auf ihren Räumen kein Brennmaterial besitzend. Ihnen werden durch Vermittlung des Wasserbauamts sogenannte Unterfallkarten durch die Kohlenstelle zur Verfügung gestellt. Diese Karten gelten immer für 6 bis 8 Räume, die als eine Verteilungsgemeinschaft betrachtet werden. — Die städtischen Badeanstalten sollen mit 60 Proz. ihres früheren Bedarfs mit Kohlen versehen werden. Günstig bleibt es nicht nur bei dieser Art Kohlen, die die Eröffnung aller Badeanstalten, und wo es vorläufig auch nur lagewelle, ist ein dringendes Bedürfnis besonders für die arbeitende Bevölkerung. — Die Deputation nahm Kenntnis von den Einzelheiten der Verordnung betreffend die Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs. Der zuständige Reichskommissar hat verfügt, daß diejenigen Haushaltungen, bei denen im Jahre nicht mehr als 500 Kilowattstunden elektrische Kraft verbraucht werden, von der Beschränkung frei bleiben. Die Summe der von den Haushaltungen benötigten elektrischen Kraft magt ungefähr ein

Zehntel des Gesamtbedarfs aus, der für Berlin 36 Millionen Kilowattstunden beträgt. — Da zwischen Mietern und Mietern großer Wohnungen mit Zentralheizung Streitigkeiten ausgebrochen sind, ist seitens des Bundesrats die Schaffung von Schlichterstellen angeordnet worden. Diese Schlichterstellen sollen die bestehenden Mietvereinigungen, in letzter Instanz die Kohlenstelle Groß-Berlin bilden. — Betreffs Beschaffung von Holz zu Brennmaterial teilte der Magistratsberichterstatter mit, daß es bisher leider nicht gelungen sei, größere Einkäufe abzuwickeln. Das Problem ist übrigens nur als zeitweiser Erfolg für den Fall gebacht, daß die Kohlenversorgung noch erheblich schlechter werden sollte.

Gemüßewucher en groß.

Einem Vertrauensmann der Reichsstelle für Gemüse und Obst gelang es gestern, einen Fall gräßlichen Kriegswunders aufzudecken. Es handelte sich um mehrere Tausende von frischem Gemüse, die weit über den Höchstpreis losgeschlagen werden sollten. Der Schuldige wurde sofort festgenommen und dem Strafrichter vorgeführt. Die Ware ist einer Gemeinde Groß-Berlin zum Höchstpreise zugeproben worden. In die Sache sind zahlreiche andere Personen verwickelt, bei denen sofort Hausdurchsuchungen vorgenommen worden sind.

Weniger Petroleum! Wie der Berliner Magistrat mitteilt, wird die dem einzelnen benötigte Wochenmenge Petroleum im Dezember von 2 auf 1 1/2 bzw. von 1 auf 3/4 Liter herabgesetzt.

Wägen für die Wehrmacht. Ein für die minderbemittelte Bevölkerung, insbesondere für heimkehrende Krieger, die Erlangung preiswerten Hausrats gegenüber dem auf diesem Gebiet immer bedrohlicher hervortretenden Notstand sicherzustellen, hat der Brandenburgische Provinzialausschuß die Beteiligung der Provinz an einer hierfür bestimmten gemeinnützigen G. m. b. H. für die Provinz Brandenburg beschlossen. Diese Gesellschaft nimmt schon in nächster Zeit ihre Tätigkeit auf.

Bei einem Brande erstickt sind am Sonnabend mittag zwei Kinder, der vierjährige Herbert und die siebenjährige Gertrud Lausowitsch in der Wohnung der Eltern Graunert, 33. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als der Qualm aus der Wohnung drang.

Neuauflage. Neue Kundenliste für den Fleischbezug. Die Eintragung für die neue Bezirks-einteilung für den Fleischbezug erfolgt am Montag, den 3. d. M., von 8—12 Uhr vor- und 3—5 Uhr nachmittags, für Nachzügler am Dienstag, den 4. d. M., von 6 bis 8 Uhr abends. Mitzubringen sind die Haushaltskarte, die Fleischkarten und der Wohnungsanweis.

Nähermittel für Jugendliche. Vom Montag werden in den städtischen Verkaufsstellen auf Abschnitt 10 der Reußener Lebensmittelausgabe für Jugendliche 250 Gramm Buchweizenmehl oder Buchweizenkörner, 250 Gramm lose Hafersubstrate und drei Brühwürfel abgegeben. Und zwar erfolgt die Abfertigung am Montag, B Dienstag, C Mittwoch, D Donnerstag, E Freitag und F am Sonnabend. Der Verkaufspreis beträgt für 250 Gramm Buchweizenmehl 40 Pf., Buchweizenkörner 50 Pf., lose Hafersubstrate 25 Pf. und 3 Brühwürfel 10 Pf.

Reisener. Lebensmittel. In der nächsten Woche können auf jedes Kopfkilogramm der Brotkarte der 146. Woche 100 Gramm Suppen entnommen werden. Die Entnahme hat in dem Geschäft zu erfolgen, in welchem legittim Marmelade verteilt wurde.

Vom 4. bis 8. Dezember d. J. findet in den drei Gemeindeverkaufsstellen die Ausgabe des zur Bereitung von Honighuchen überwiefsenen Mehles statt. Als Ausweis sind die Brotkarten der 146. Woche vorzulegen. Auf jede Brotkarte werden 100 Gramm Mehl verabfolgt.

Brig. Lebensmittel. In der nächsten Woche gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Ausgabe auf Abschnitt 36 Dörrenmühle (100 Gramm), 87 Bienenhonig (bis 4 Personen 1 Pfund, über 4 Personen 2 Pfund), 88 Brotanweiser (bis 4 Personen 1 Dose, über 4 Personen 2 Dosen), 89 Kartoffelmehl (für Hausbrot, bis 4 Personen, Morgentranke (für Hausbrot, über 4 Personen), 40 Schokolade (Kipf oder Kugelform) (1 Dose je Hausbrot), 41 Obstmarmelade (1/2 Pfund je Person auf Mittwoch nur bei den Kleinkindern), 42 Fleischgerichte (bis 4 Personen 100 Gramm, über 4 Personen 240 Gramm), 43 Sonderzuteilung und auf 44 verschiedene Waren. Hafersubstrate 1 Pfund nur auf Kinderkarten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Jugendheim, Lindenstr. 3, Hof II, Eingang links 3 Treppen, eine wichtige Besprechung unserer Genossinnen statt. Wir ersuchen die in den Sozialdemokratischen Vereinen organisierten Frauen, besonders aber alle diejenigen, die kommunale Ehrenämter bekleiden oder in der Kriegsfürsorge tätig sind, an dieser Besprechung teilzunehmen.

Der Bezirksvorstand.

Der Luntul unten hatte sich inzwischen noch mehr gefiebert. Das Opfer der Justiz schrie nicht mehr einzeln, sondern hieß ein ununterbrochenes Heulen aus, erregte Rufe der Zuschauer, das Trommeln, die jetzt dumpfer schallenden Schläge — das alles klang in eine Symphonie des Entsetzens zusammen, von der jeder Laut für das gemarterte Gehirn der schuldbeladenen Frau da oben eine Höllequal bedeutete.

Lainette kam. Mit tödlicher Angst hing sie an ihren Lippen.

„Er muß noch einmal laufen — dreimal — er ist schon liegen geblieben. . .“ begann sie mit vor Aufregung klappernden Lippen.

„Aber wer ist es?“ schrie Lison.

„Der Huber Franz aus Grasdorf sagten die Leute.“

Lison stürzte zu ihrem Beschemel.

„Heilige Jungfrau, hab' Dank!“ Noch war ihr Bewußtsein von dem Schrecklichsten rein. Und merkwürdigerweise, seitdem sie wußte, daß die Grausamkeit da unten nicht ihre Schuld sei, fand sie auch wieder den Mut, zuzusehen.

Aber die Exekution war schon zu Ende. Der Aermste lag wie ein geschlachtetes Kalb auf der Erde — eine einzige Blutüberströmte, zerfetzte Masse —. Man hatte die Rollstühle des Urteils unterbrechen müssen, der Delinquent war ohnmächtig — vielleicht war er tot. Sicher war er dem Sterben nahe.

Die Menschen drängten um ihn — die Soldaten traten wieder in ihre Reihen zusammen — Kommandorufe ertönten — nun gleichmäßige Marschschritte — ein lustigerer Trommelreigen — man zog ab.

Nur um das elende Bündel menschlichen Jammers stand noch eine Wache, rings umdrängt von Menschen, die auf die Ankunft des Karrens warteten, der den Gerichteten ins Hospital bringen sollte.

Lison erblickte unter den sich dort Drängenden Michalansky. Sofort rief sie Lainette zu sich:

„Hol sie mir den herzoglichen Aktuar herauf. Sag sie, es sei äußerst wichtig.“

Lainette machte eine Geste des Erschreckens.

„Madame, c'est impossible pour moi.“

„Ist sie die Herrin oder ich? Was untersteht sie sich!“

Groß-Berlin.

Die Eintrittskarten zur Versammlung der Sozialdemokratischen Vereine Groß-Berlins am 9. Dezember im Jirkus Schumann sind für die Vororte in folgenden Ausgabestellen zu haben:

Zeitow-Beckow.

- Ablerode: Johannes Feuerstein, Bismarckstr. 82; Mh. Vajda, Rager Str. 1.
- Baumhulsenweg: Wilhelm Erbe, Baumhulsenstr. 14, Frida Gerlich, Behringstr. 48.
- Börsdorf: Emil Hamann, Behringstr. 14. Heine, Züttger, Kleberstr. 67.
- Brig: Freudenreich, Sonnemannstraße Ecke Vintz-Wee (Zigarettenhandlung), Galmir Ritzing, Rudower Str. 83.
- Budow: Straßel, Quantenstr. 20.
- Charlottenburg: Max Aley, Köpenicker Str. IV, Restaurant Paul Arden, Köpenicker Str. 18; Joh. Schneider, Köpenicker Str. II, Restaurant Max Brill, Köpenicker Str. 2, Restaurant Fr. Nauck, Liebenburger Str. 15, Restaurant Otto Neumann, Köpenicker Str. 6a.
- Friedenau: Wilhelm Heise, Schmalbacher Str. 2, Aufg. III, Kader Kamrinski, Köpenicker Str. 1.

- Groß-Lichterfelde: Ch. Hermann Köppe, Lindenburgerdamm 70a I.
- Johannisthal: Max Eckert, Kaiser-Wilhelm-Str. 35 part. Max Zeitfert, Johannes-Berner-Str. 7.
- Köpenick: Emil Wichter, Neherstr. 6, Traugott Neumann, Kaiser-Wilhelm-Str. 11, Otto Wikel, Guttenbergstr. 28, Otto Höhn, Kaiser-Wilhelm-Str. 100.
- Landsitz: Paul Lampe, Charlottenstr. 50.
- Maricow: Paul Zucker, Dorstr. 15, Richard Stern, Streichstr. 8, Coebler, Kaiserstr. 143, Expedition Reip, Heußerstr. 29.

- Neukölln: „Vorwärts“-Expedition, Neudorf, 2, Siegfriedstr. 25/26, Max Glöde, Neudorf, 18, Aug. Neumann, Kaiser-Friedrich-Str. 32, IV, Steinbrücker, Behringstr. 8, Aufg. 18, Otto Gauger, Donaustr. 29, Karl Schill, Stutigarter Str. 19, Hugo Hoffmann, Neue Donaustr. 42, Komml, Köpenicker Str. 38, Gypso, Köpenicker Str. 47, Hermann Wiedrich, Wartenburgstr. 10, Iris Brückmann, Köpenicker Str. 5, Hermann Richter, Köpenicker Str. 67, Rich. Vogt, Wartenburgstr. 69, Günther, Schierstr. 28, Otto Guse, Hobbinger Str. 65, Hermann Sod, Steinmühlstr. 68, Karl Wäde, Hermannplatz 5, Ernst Falte, Wartenburgstr. 173.
- Neurowitz: Karl Rohrbach, Wartenburgstr. 10, Richter, Grenzstr. 8, Schöneberg: „Vorwärts“-Expedition, Reininger Str. 9, Gensel, Reininger Str. 8, Chh, Martin-Luther-Str. 69, Kestenthal, Friedrichstr. 12, Reil, Kranke, Wegscheider, Ecke Potsdamerstr. 28, Volger, Köpenicker Str. 11, Reil, Groß, Schanitz, 17, Jg.-Geschäft Spittel, Wartenburgstr. 6, Eckardt, Wartenburgstr. 10.

- Steglitz: Joh. Wichter, Reip Str. 40 p., Reil, Clement, Doppelstr. 7, Reimbach, Wartenburgstr. 15 b.
- Tempelhof: Reil, Martin-Wäcker, Ringbahnstr. 41/42, Wakenberg, Berliner Str. 2, Heckermann, Kaiser-Friedrich, Ecke Wartenburgstr., Wäcker, Berliner Str. 17.
- Treptow: Wilhelm Zimm, Grätzstr. 23 (Radn), Ebert, Grätzstr. 11.

- Wilmersdorf: Adam Ruppert, Sealfelder Str. 8, Paul Goldberg, Wartenburgstr. 79.

Nachdem sind im Kreisbureau, Berlin SW, 68, Lindenstr. 4, II, Hof IV, Eintrittskarten zu haben.

Niederbarnim.

- Vorkogelwalde: Heinrich Schwelm, Berlin-Bittenau, Charlottenburger Str. 48.
- Wilmersdorf: Heinrich Waldmann, Wartenburgstr. 26, Emil Fuhrmann, Wartenburgstr. 42.
- Wilmersdorf: Richard Röderich, Kistler Str. 3.
- Wilmersdorf: Paul Müller, Karl-Liebknecht-Str. 9, H. Heilmann, Wartenburgstr. 2.
- Wilmersdorf: R. Peterhansel, Wartenburgstr. 12, Daniel Döfel, Wartenburgstr. 25.
- Wilmersdorf: Friedrich Himpel, Wartenburgstr. 21, Justine Scholz, Wartenburgstr. 30.

- Wilmersdorf: Emil Wiedemann, Wartenburgstr. 3, Emil Kausch, Wartenburgstr. 38.
- Wilmersdorf: Max Viers, Treptowstr. 32, Iris Rien, Wartenburgstr. 10.

- Wilmersdorf: Max Jacobsen, Kalkauerstr. 25, Reinhold Krüger, Wartenburgstr. 20.
- Wilmersdorf: Otto Wäcker, Wartenburgstr. 42.
- Wilmersdorf: Paul Gursch, Wartenburgstr. 56, Karl Schöneberg, Wartenburgstr. 66.
- Wilmersdorf: Gustav Scharff, Antonienstr. 45, Friedrich Rex, Wartenburgstr. 33.

- Wilmersdorf: Paul Leibig, Wartenburgstr. 28, Rudolf Gens, Wartenburgstr. 29 III.
- Wilmersdorf: Albert Taubmann, Wartenburgstr. 11, Ludwig Gubayp, Wartenburgstr. 6.

Bitte, die der weiten Entfernung von Berlin halber Karten nicht zugefandt erhalten haben, trotzdem aber an der Versammlung teilnehmen wollen, können Bestellungen noch bei dem Kreisbureau aufgeben.

Ferner sind bei allen Vorstandsmitgliedern Einladungen zu haben.

In allen Stellen findet gleichzeitig die Aufnahme neuer Mitglieder statt.

Der Eintritt zur Versammlung ist nur gegen Karten a 20 Pf. gestattet.

Weitere Auskunft erteilt das Bezirkssekretariat, Lindenstraße 3, Eingang III, 3 Treppen. Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 364.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Francé.

„Jetzt lauf zu!“ brüllte der Fenserknecht und schlug krachend auf den Rücken des Burjchen. In dem Augenblick fielen die Trommeln ein. Der Beurteilte slog wie ein gehetztes Tier hinein in die geöffnete Soldatenreihe. Und krach, krach sausten hell die Schläge auf seinen Rücken nieder — jeder von einem Gebrüll des Schmerzes beantwortet. . . Die zwei Schergen hatten den Strick langgelassen und warteten an einem Ende der Reihe, bis er am anderen ankommen werde. Aber schon wenige Meter weit stolperte der Unglückliche. Hagelbicht sausten die Schläge auf seinen Kopf, seinen Rücken, seine Arme, von denen das Gend schon jetzt in Fetzen hing. . . Rasch sprangen die Knechte herzu — ein Kommando des gleichmütigen die Szene betrachtenden Offiziers, der nervenerfährternde Trommelwirbel stockte — jetzt hatte man das Opfer wieder hochgezerrt — neue Büsse, sein heiseres Gebrüll, Schreien in der Hoffmenge und nun wieder das dumpfe Trommeln und die krachenden Schläge.

Dazwischen aber auch ein im Lärmen ungehört verhallender Schmerzensschrei.

Lison war ohnmächtig vor Aufregung und Entsetzen zu Boden gesunken — die Jose sprang herzu, labte sie . . . und trug sie auf ihr Kniebett.

„Weg, weg — die Fenster zu — entschuld!“ kreischte ihre Herrin, als sie wieder zu sich gekommen: „Quelles barbares . . .“

Und bei jedem Schmerzensschrei und stärkerem Gieß, der heraufscholl, schrie sie selbst auf. Ihr Kopf war wie von Schlägen zermalmt. In ihrem Herzen war nur ein Empfinden: weg, fort von den Menschen, die so entsetzliche Grausamkeiten verüben. . . Und ein anderer, noch schrecklicherer Gedanke, der sie in Ohnmacht fallen ließ: Was das Peißer, was das ihr Opfer?

Sie hatte Lainette, die vor Begierde brannte, noch mehr zu sehen, auf die Straße geschandt, um Sichereres zu erfahren. Und sie fühlte, es sei ihr Tod, wenn die Dotin den verhängnisvollen Namen zurückbrachte. . .

brauste Lison auf. Dann sich bezähmend: „Ah, sie hat Quereilen mit ihm gehabt, ich weiß — aber ich bitte sie, ich habe niemanden sonst. . .“

Lainette behielt den Mund offen vor Erstaunen. So hatte sie ihre Herrin noch nie gesehen. Und deren sanftmütiges Wort wirkte Wunder. Die Jose ging. Erst auf der Straße kam ihr Haß gegen Michalansky wieder zum Ausdruck. Schon wollte sie umkehren mit der Liage, sie habe den Gesuchten nicht finden können, da sah sie Michalansky, wie er möglichst auffällig und devot zu ihrer Madame hinaufgrüßte. Aber mehr konnte sie sich nicht abringen als ein schnippisches:

„Er soll gleich heraufkommen. . . Madame will ihm was befehlen.“

Sie sagte es mit einer Miene, als ob sie ein Selbstgespräch hielt.

Michalansky eilte sofort zu seiner Protektorin und erstarrt eben in Straßfüßen.

„Er hat mich immer gut bedient!“ begann die schöne Frau, ohne seineuldigungen zu beachten.

„Ich bin überglücklich, daß meine rastlosen Bemühungen Anerkennung aus so hohem Munde. . .“

Sie winkte ungeduldig ab.

„Kennst er einen Studenten namens Peißer?“

„Künftig nicht mehr Student, gnädigste Frau Baronin, ganz communer Soldat gewesen — wegen übler Streiche und Desertion jetzt in Haft, gewiß zu dienen, Euer Gnaden, hab' ihn selbst verhaftet.“

„Michalansky, dieser arme Junge ist unschuldig in Haft! Ich werde noch heute selbst dem Statthalter sagen, daß es ein Irrtum gewesen sein muß. Sorg' er nur dafür, daß bis zu seiner Entlassung nichts Irreparables geschieht. Keine Exekution oder. . .“

„Kommenden Sonntag muß der Peißer Schiefhütten laufen. Er hat's schon Urteil. Er hätte heute sollen, aber er hat ein verrenktes Bein und kann nicht gehen.“

Lison lief es eiskalt über den Rücken. Ihre Augen blickten groß und angstvoll auf den Sprecher und ihre Hände falteten sich unwillkürlich. Ihr Herz schlug heftig.

„Er hat schon das Urteil! Das muß man fassieren!“ — stammelte sie.

(Fortl. folgt.)

N. ISRAEL

BERLIN C
Spandauerstr. 16
Königstr. 11-14
Gegründet 1815



Kunstseid. Blauschoner
„Oiga“, gestrickt, grau,
blau, schwarz oder weiß,
Größe 44 und 46,
wie Abbildung . 15.50

Miederschoner „Foodora“
a. weiß-gestrickt, Baumwolle,
ohne Ärmel, Mittelgr. 2.05
mit Ärmeln, Mittelgr. 3.00

Vier Stockwerke Möbel

Wirkwaren

Kragenschoner 8.75
Kun. seide, farbig.

Überzieh-Jacken 11.50
Kunstseid., weiß, Mittelgr.

Schlupfbeckkleider 16.50
Seiden-Milaneser, weiß,
schw., farb., Gr. 44 u. 46

Herren-Unterjacken 28.50
Reinseid. starker Trikot,
elfenbein, Mittelgröße.

Herren-Beinkleider 32.00
Reinseid. starker Trikot,
elfenbein, Mittelgröße.

Damenwäsche

Taghemd mit Stick-
Einsatz und Ansatz . . . 13.50

Taghemd im Rumpf
gestickt . . . 19.50

Nachthemd m. Um-
legekragen, 3mal Einsatz 22.50

Nachtjacke m. Stick-
Einsatz und Ansatz . . . 19.50

Rockbeinkleid
aus Stickereistoff . . . 18.00

Hemd hose mit Stick-
u. Spitze . . . 21.00

Miederleibchen
aus Stickereistoff . . . 7.00

Seidenstoffe

Doppeltbreit:
Weiche Glanzseide
Mtr. 13.75 bis 32.00

Reinseidener Taft
in vielen Farben
Mtr. 27.00 bis 39.00

Rips und Gabardin
für Jackenkleider
Mtr. 31.00 bis 46.00

Surah. Schotten
Mtr. 28.50 bis 42.00

Taft u. Surah-Streif.
Mtr. 24.50 bis 37.00

Schwarz Damast
Mtr. 24.00 bis 27.00

Diamantseide
43 cm breit, Mtr. 6.90

Blusenseide
schw.weiß gestr.
43 cm breit, Mtr. 7.75

Reins. Schotten
48 cm breit, Mtr. 8.75

Asrachan
für Mäntel u. Jack.
115 cm breit, Mtr. 15.50

Man verlange den neu erschienenen Weihnachts-Katalog

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Der lebende Leichnam.
Nachm. 2 1/2 Uhr (halbe Preise):
Eine glückliche Ehe.
Montag: Don Carlos.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.
Nachm. 2 1/2 Uhr (halbe Preise):
Gespenster.
Montag: Kinder der Freude.
Volkshöhle.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Schön. Tor.
8 Uhr: König Oedipus.
Nachm. 2 1/2 Uhr (ermäßigte
Preise): Wetterleuchten.
Montag: Edelwild.

Verband der Fr. Volkshöhen
Sonntag, den 2. Dezember,
nachmittags 2 1/2 Uhr:
Ballett: Bettelweibchen.
Nachmittags 3 Uhr:
Schiller-Th. Charlottenburg:
Novella d'Andrea.
Schiller-Th. O: Hinter Mauern.
Lefling-Th.: Das Kind.
Kämpfer-Th.: Der Herr Senator.

Rose-Theater.
3 Uhr: Der Weiberfeind.
7 1/2 Uhr: Andreas Hofer.

Theater für Sonntag, 2. Dezember.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.
3 1/2 Uhr: Johannseuer.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Tannhäuser.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
3 Uhr: Der Waffenschmied.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
3 1/2 Uhr: Liebelel.
7 1/2 Uhr: Geldzauber.

Komische Oper
3 1/2 Uhr: Die Dosa Sr. Majestät.
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Arb.-Vorst. 3 1/2 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
3 Uhr: Der Obersteiger.
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof.
3 1/2 Uhr: Der Schwabenstreich.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Barbara Strossin.
3 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.

Schiller-Theater O
3 Uhr: Hinter Mauern.
7 1/2 Uhr: Im Hafen.

Schiller-Th. Charl.
3 Uhr: Novella d'Andrea.
7 1/2 Uhr: Professor Bernhardt.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
3 Uhr: Eine lustige Doppelhe.

Theater am Nollendorfplatz
3 1/2 Uhr: Immer feste druff!
7 Uhr:

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog
mit Guido Thielscher
3 1/2 Uhr: Ein Walztraum.

WINTERGARTEN

Dezember-Spielplan!
Heute 2 Vorstellungen 2
Nachm. 3 1/2 Uhr, kl. Preise,
Kinder die Hälfte,
abends 7 1/2 Uhr

Lajos Rigó
Violin-Virtuose
Geschw. Welchart
Radfahrerrinnen

Acosta
Kraftjongleur
Josef Milos
Meisterwerke d. Plastik

3 Facoris
Trapezakt
Büron
Musikclown

Geschw. Carré
Reitakt
Schenk u. Margot
Akrobat. Saene

Holborns
Reifenroller
Max Pettini
Humorist

Die sensation. Treppe
von Hadges und Biller

Zirkus A. Schumann.
Heute Sonntag, 2. Dez.
2 Gr. Vorstellungen 2
Nachm. 3 1/2 u. ab. 7 1/2 U.
Nachm. Kinder unter 12 J.
halbe Preise a. all. Sitzpl.
In beiden Vorstellungen
ungekürzt

10 Tiger 10
u. das übrige kolossale
Sport-Programm
MEXIKO
Orig.-Ausstatt.-Pantomime.

BUSCH

3 1/2 Die 3 Pierrots 3 1/2
Nachmittags
1 unge- Kind auf all. frei!
höriges Kind Sitapl.

7 1/2 Mondfahrt 7 1/2
In beiden Vorstellungen
vorher:
Das neue Dezember-
Programm.

Palast

Heute
2 Vorstellungen 2
3 1/2 Nachm. jed. Erw. 7 1/2
2 1 Kind frei.

Neu: Robert Steidl!
Raffayette, Cartella
Otto Reutter in der
Revue-Posse

Geh'n Sie hloß nicht
nach Berlin.

APOLLO

Friedrichstr. Dir. Jan. Klein.
3 1/2 Fern Andra
sowie das unvergleichliche
erakt. Desomberrprogramm!
Keine Preisermäßigung!
Theaterk. ununterbr. geöffn.
Stgs. 3 1/2 jed. Erw. 1 Kind frei!

Casino-Theater
7 1/2 Uhr.
Nur noch bis 5. Dezember:
Seivaten mußte!
Ab Donnerstag, 6. Dezember:
Die neue Berliner Posse:
Samstagsfrühe.
Somit 4 Uhr: Entel Moritz.

Unterhaltung

... bereitet mir und meiner
Familie die größte Freude ...
Richard Strauß

und Zerstreung bietet
überall und jederzeit das
edle „Gramola“ mit seiner
grossen Platten Auswahl.
Vorspiel ohne Kaufzwang
Gramophon Spezialhaus.
Berlin, W. 8, nur Friedrichstr. 189

Preislisten
auf Wunsch.



NATIONAL-THEATER
Cöpenich. Str. 68. Tgl. 7, 8
Sonntag, 2. Dezemb.
3 1/2 Uhr
Auf allgem. Verlangen
Was junge
Mädchen träumen
Zum 205. Male,
ununterbr., a. Tietz.

Reichshallen-Theater
Heute nachm. 3 Uhr
u. abends 7 1/2 Uhr:
Stett. Säng. r.
Nachm. or-
mäss. Preis!
Logen 1 M.
Balk. 75 Pf.
Eintr. 30 Pf.
Mittwoch, den 3. Dezember.
Benefiz-Vorstellung.

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 165.
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Jean Moreau
Dario Paili
u. das hervorragende
Dezember-Programm.
Hauskap.: Fanyvest.

UT

U.T. Ruckflüsterbama und U.T. Rosenortplatz.
Psilander Das fidele
Das zweite Ich Gefängnis
Lustig mit Harry Liedtke
und Emil Jennings

U.T. Friedrichstraße und U.T. Hinter den Linden
Toinäs Der Blumenkönig
Der Mann ohne Gnade mit Ernst Lubitsch

U.T. Hohenbergstr. und U.T. Alexanderplatz.
John Riew Der Blumenkönig
mit Uanny Servas und
Hermann Valentin mit Ernst Lubitsch

U.T. Wexierplatz und U.T. Halenbette.
John Riew Paul und Teddy
mit Uanny Servas und
Hermann Valentin = Paul Heidemann

U.T. Rembrandtstr.
Psilander: Um das Bildnis des Königs
U.T. Schöndorfer, Hauptstr. 6.
Gottes Mühlen
mahlen langsam.

Das führende politische Organ der
deutschen sozialdemokratischen
Bewegung

überall
erhältlich

Verlag für
Sozialwissenschaft
Berlin SW. 65

Jedes Heft
30 Pfg.

Vierteljähr
Mk. 3.50

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82. Zimmerstraße 90/91.
Heute:

Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 4 Uhr.

Morgen, 3. Dez.: Gr. Doppelkonzert, veranst. vom Verein
ehem. 1. Garde-Reg., ausgef. v. d. Musikk. des Ers.-Bds.
d. Königin-Aug.-G.-Gr.-Regt. Nr. 4, Leit.: Kgl. Oberm. H. Baatz.

Gegen die
Kohlennot!

Vorsehen Sie sich rechtzeitig mit den

Heizkugeln RADION

80-50% Kohlen- 3 Stück = M. 2.85
ersparnis.

Einmalige Ausgabe. — Zu beziehen durch die
Eisen- u. Hausstands-Geschäfte, wo nicht, durch

EMIL GEBEL Berlin SW 88, Alte
Jakobstr. 159/157

Berlin C Wallstr. 13
Gardinen
Spezialfirma: Gardinenhaus Bernhard Schwarz

URANIA

Sonntag, den 2. Dezember,
8 Uhr:

**Tier und Mensch
in der Wildnis.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7 Uhr: Die Wildente.
Nachm. 3 Uhr: Kameraden.

Komödiehaus.
7 1/2 Uhr: Die beiden Sechunde.
3 Uhr: Die verlorene Tochter.

Berliner Theater.
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.
Nachm. 3 Uhr: Filmzauber.

Theater der Kgl. Hochschule
für Musik, Fasanenstraße 1.
Sonntag, 2. Dez., 7 1/2 Uhr:

Die Shre
von Sudermann.
Sonnt. 9 u. 10. Dez. 7 1/2 Uhr:

Charleys Tante.
Kart. Werth. u. Th.-Kastellan.

Walhalla-Theater.
3 Uhr: Seemannslebenchen.
7 1/2 Uhr: Zigeuner.

Trianon-Theater
Georgenstr., Bld. Friedrichstr.
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
1/8 Uhr: Der 1/8 Uhr

Lebensschüler.
Komödie von Ludwig Fuld.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz,
v. Möllendorff, Mart. Kettner.
Stg. 3 1/2, kl. Pr.: Hedda Galter.

Voigt-Theater.
Sadstr. 55. Sadstr. 55.
Gente
nachm. 3 Uhr bei kein. Preilen:
Der Zaunast.
Wüends 7 Uhr:
Familie Buchholz.
30. Sonntag, den 3. 12.:
Was junge Mädchen träumen.

MOZART SAAL
Nollendorfplatz 5

**Die Faust
des Riesen**

I. Teil
Nach dem gleichn.
Roman v. Rud. Stratz.
Für den Film bearb.
von E. A. Dupont.
In der Hauptrolle:

**Henny
Porten**

Reg. Rud. Diebrach
Vorverk. v. 10-1 Uhr
Beginn: 3 Uhr.

Admiralspalast.

2 Vorstell., 4 u. 7 1/2 Uhr.
Nachm. kleine Preise.
Abrenkadabra.
Gr. phantastisch Ballett
auf dem Eis.
Abends Einlaß 7 Uhr.
Vorzügliche Küche.

Blattsch. Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Lokal des Genossen... Mitgliederberstammung...

Kawatsch. In der letzten Wahlvereinsversammlung sprach... Der Kampf um die Neugestaltung Deutschlands...

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montagmorgen. Mild und zeitweise auflockernd...

Table with 2 columns: Prize amount and list of names. Title: In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Ml. gezogen...

Table with 2 columns: Prize amount and list of names. Title: In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Ml. gezogen...

Verband der Gattler u. Portefeinler. Ortsverwaltung Berlin. Militärbranche. Dienstag, den 4. Dezember, abends pünktlich 7 Uhr...

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend. Dienstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstraße 41...

Weihnachtsgeschenke frühzeitig kaufen! Belmardexle Leipziger Straße 97 und Königstraße 46...

Die Abstimmung zur Beitragserhöhung findet für die Verwaltungskasse Berlin am Montag, den 3. Dezember 1917, nachmittags von 4 bis 8 Uhr...

Verband der Buch- u. Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Weihnachts-Unterstützung! Alle Familien der bis zum 1. Dezember eingezogenen Mitglieder...

Tuchlager J.W. Becker, Seydelstr. 22 (Spittelmarkt). Großes Lager Seide, Samt, in Anzug, Plüsch, Konsum- u. Mantelstoffen...

Th. Fork, Kretschmar & Co., Vereinigte Tischler- u. Tapeziermeister, Berlin C, An der Johann-Wittrichstraße 34 u. Holzmärkterstr. 1...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungshilfe Berlin, N 54, Lindenstraße 83-85. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr...

A-G am Dienstag, den 11. Dezember, H-L am Mittwoch, den 12. Dezember, M-R am Donnerstag, den 13. Dezember, S-Z am Freitag, den 14. Dezember...

Erfinder während des Krieges große Erfolge! Rat zur Verwertung von Erfindungen Patentlos. Norddeutsches Patentbüro...

Pelzwaren-Fabrik. Einzelverkauf Alexanderstraße 30, I. Umge, an der Wanninstraße, 1 Minute vom Alexanderplatz...

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter. Sachstelle Berlin. Heute Sonntag, 2. Dezember 1917, nachmittags 1 Uhr: Mitglieder-Versammlung...

Illustration of a woman's face. Text: Zahle Geld zurück! Alleherbest! Frau Emma Fischer...

Erfinder bedienen sich z. Anm. u. Verwertg. ihrer Erfindungen eines Patentfachmannes. Wir verkaufen u. ein Patent für M. 850 000,-...

Velour- u. Samthüte auch garniert Umarbeitungen. Havelstein- u. Waisenhausstr. 10. E. G. 54, Kussenthalerstraße 30...

Morgen Blüthenaal 7 1/2 Uhr. GRAF HOENSBROECH spricht über Graf Hertling, Reichskanzler u. preuß. Ministerpräsident. Zahn-Praxis D.A. Söser...

Als ein großer Uebelstand im Gefolge des Krieges wird das Fehlen fast aller Anstrichmaterialien empfunden. Unsere Frauen klagen nicht wenig, daß die Fußböden so abgenutzt...

Rat und Auskunft in Dienstbotenangelegenheiten. Suchende werden im Vertrauenssinn an den Verband der Hausangestellten...

Sozialdemokratische und Staatsbürger. Gezielte oder Staatsbürger, Weltbürger und Mensch. Sanabo Harnleiden-Behandlung...

Befehl, 1. Dezember. Sabas meldet aus Petersburg: Der ehemalige Kommandant der Hauptpost General Tschernomirski wurde auf dem Wege nach Pskow mit seiner Familie verhaftet und nach der Peter-Paul-Festung übergeführt, weil er einen Befehl nicht ausgeführt hatte.

Neutralität bis zum äußersten.

Dreikönigstag in Kristiania.

Kristiania, 1. Dezember. In der Konferenz der Könige von Schweden, Norwegen und Dänemark und der sie begleitenden Minister wurde Einigkeit über folgende Fragen festgestellt:

Auf Grund des Zusammengehörigkeitsgefühls der drei Länder sind die Regierungen darin einig zu erklären: Wie langwierig der Weltkrieg auch werden möge, so soll das freundschaftliche und vertrauensvolle Verhältnis zwischen den drei Reichen gleichwohl aufrechterhalten bleiben. Uebereinstimmend mit den früher abgegebenen Erklärungen und mit der bisher geführten Politik, ist es die bestimmte Absicht der drei Reiche und eines jeden für sich, ihre Neutralität allen kriegsführenden Mächten gegenüber bis zum äußersten aufrechtzuerhalten.

Gegenseitig wurde der Wunsch ausgedrückt, einander während der herrschenden Schwierigkeiten in erhöhtem Maße bei der Versorgung mit den notwendigen Waren Hilfe zu leisten. Um den Warenverkehr zwischen den drei Ländern wirksamer als bisher zu fördern, einigte man sich dahin, sofort nach der Zusammenkunft besondere Vertreter zusammenzutreten zu lassen zwecks Ausarbeitung der hierzu nötigen Vorschläge. Man behandelte die Frage einer Erleichterung der Fremdenverkehrsbestimmungen in den drei Ländern gegenüber Bürgern der beiden anderen Länder. Man einigte sich dahin, die vorbereitenden Arbeiten zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der neutralen Staaten während des Krieges oder nach Kriegesausbruch fortzusetzen.

Der König von Schweden, der Kristiania jetzt zum ersten Male seit der Auflösung der Union wieder besucht, hielt im Königschloß eine Rede, die zur Schaffung einer neuen Verbindung aufforderte, nicht einer Verbindung der alten Art, sondern einer des Verständnisses und des Herzens, deren Lebenskraft, so hoffe er, von festem Bestand sein werde als die der früheren. Der König von Norwegen hielt bei Eröffnung der Konferenz eine Rede, die in dem Besuche den Beweis sieht, daß das, was früher zwischen Schweden und Norwegen gestanden hat, seinen Schatten mehr auf die Einheit des Nordens wirft.

Die Wahlen zur Konstituante.

Amsterdam, 1. Dezember. Bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung gewannen, wie „Times“ aus Petersburg meldet, die Maximalisten dort sechs, die Kadetten vier, die Sozialrevolutionären zwei Sitze, die anderen Parteien keinen Sitz. Die Maximalisten sind jetzt im Besitz der Reichsbank, alle anderen Banken sind geschlossen.

Sibiriens Unabhängigkeit.

Amsterdam, 1. Dezember. Ein hiesiges Blatt meldet aus London, nach dort eingelaufenen Berichten werde Sibirien sich unter der Führung Potanin für unabhängig erklären. Die Minister seien bereits ernannt worden. Die neue Regierung werde überall sympatisch begrüßt. In einer Anzahl von Orten wehe bereits die sibirische Flagge.

Bei der Unbestimmtheit der Quelle dieser Meldung läßt sich nicht feststellen, auf welcher Grundlage und wie die Proklamierung der Unabhängigkeit vor sich gegangen ist. Der Name Potanin ist aber in der Geschichte der Autonomiebestrebungen Sibiriens seit Jahrzehnten ein feststehendes Programm. Der große Schriftsteller hat sein ganzes Leben der Erforschung Sibiriens und der Verfechtung der Idee der Autonomie entsprechend der Eigenart des Landes gewidmet.

Das geheime Branting-Telegramm.

Stockholm, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Laut „Socialdemokraten“ telegraphierte Gulffewitsch an Branting, daß er nicht die Erststufe des in der „Pravda“ publizierten Telegramms anerkenne. „Socialdemokraten“ erklärt indes auch die Aktion, wie sie im Telegramm dargestellt wird, als unannehmbar. Branting habe bereits wirkliche Stellung zur Konferenz feststellen wollen, um für Aufhebung der Verbotsverweigerung beider wirken zu können, und habe sich deshalb an den russischen Gesandten gewandt. Ebenfalls harmlos sei das von Gulffewitsch hinzugefügte Wort (Quelle); es sei erklärbar aus dem Wunsch nach guten Verbindungen mit den Mitgliedern des Konferenzkomitees, um die dortige Stimmung zu kennen.

Gegen belgischen Annexionismus.

Stockholm, 1. Dez. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Banderbelle gründet in Havre mit Braudere und Dewinne ein Tagesblatt. Die Absicht ist, dem Herikalen annexionistischen „Sibole“, dem einzigen an der Front der Belgier zugelassenen Blatte, ein Gegengewicht zu bieten.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 30. November. Neue U-Boots-Erfolge im Sperrgebiet um England

13 000 Br.-R.-T.

Unter den versenkten Schiffen befand sich ein schwerer beladener Dampfer von mindestens 6000 Tonnen, der aus einem fast gesicherten Geleitzug herausgehoben wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 1. Dezember. Amtlich. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant zur See Valentiner, hat neuerdings im östlichen Beringkanal unter schwerster feindlicher Gegenwirkung fünf Dampfer mit rund

21 000 Br.-R.-T.

versenkt. Einer der Dampfer lag unter einer gewaltigen Detonation in die Luft; er hatte offenbar Wasserstoff geladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ein österreichisches Ministerium für Volksgesundheit. Wien, 28. November. Der Kaiser hat die Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit genehmigt und den Ministerpräsidenten ermächtigt, einen hierzu bezüglichen Gesetzentwurf im Reichsrat einzubringen.

Die Kohlenversorgung im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte am Sonnabend die am Freitag abgebrochene Hofersdebatte zunächst nicht weiter fort, sondern ordnete die Versorgung mit Hausbrand.

Abg. Koch eröffnete eingehend die Wirkungen des Kohlenmangels. Der Reichskommissar hätte den Jechenbaronen gegenüber ganz anders auftreten müssen. Entscheidend darf nur sein das Interesse der ärmeren Bevölkerung. Der Handel hat fast völlig versagt. Das Gefühl der Unsicherheit in der Kohlenversorgung wird immer stärker.

Ein Vertreter der Regierung schildert die Maßnahmen in der Kohlenversorgung und bestritt, daß auf den Großhandel zu viel Rücksicht genommen worden sei. Auch gegen die Jechenbesitzer sei scharf vorgegangen worden.

Abg. Gothein: An der Spitze der Kohlenhändler stehe die Verwaltung des preussischen Abgeordnetenhauses zu stehen.

Abg. Barm (Unabh. Soz.) schildert die Wirkungen des Kohlenmangels in Berlin. Kohlen, die den Gemeinden zugewiesen wurden, sind nicht selten von der Militärverwaltung beschlagnahmt worden.

General Schuch: Von militärischer Seite geschieht alles, um die Kohlenzufuhr nach Berlin und die Abfuhr zu sichern.

Abg. Ost (Sprüngen) meint, daß bei der Rüstungsindustrie eine weitere Einschränkung der Versorgung mit Kohlen unzulässig sei.

Abg. Koch: Der Vertreter des Reichskommissars ist über die wichtigsten Fragen einfach hinweggegangen. Die Antwort der Reichsverwaltung ist völlig ungenügend. Die Gemeinden, die großen Waldbestand haben, müssen gezwungen werden, Holzschläge zu lassen.

Damit ist diese Debatte erledigt und der Auschuß trat in die Fortsetzung der Beratung über die Erhöhung

Erhöhung der Hoferspreise

ein. Abg. Kretsch hat den Preis von 400 M. pro Tonne nicht für zu hoch.

Abg. Wendorf hat große Bedenken gegen das eingeschlagene Verfahren.

Abg. Barm (Unabh. Soz.) läßt gleichfalls scharfe Kritik am dem System des Antriebes durch Gewährung höherer Preise.

Staatssekretär v. Waldow: Er sei nur ungern an diese Regelung herantreten, aber es blieb kein anderer Weg. Die Deduktion des Heeresbedarfes kamme nicht weiter hinaufgehoben werden. Er bedauere, daß der Vertrag nicht geblieben worden konnte. Er habe die Vollmacht selbständig einzugreifen, wenn die Kriegsnöthwendigkeit das erfordere.

Abg. Bauer (Soz.): Der Staatssekretär des Kriegs- und Ernährungsamts hat den Hoferspreis, der zuzüglich der Druschbrämie bereits 330 M. beträgt, bis zum 31. Dezember d. J. um weitere 70 M., also auf 400 M. erhöht, ohne den als Verteuerung des Reichstages vom Reichstangler bestimmten Ernährungsbeirat auch nur zu hören. Durch diese vollkommen unbegründete enorme Preissteigerung wird nur die Verfüllung des Reichstages gefördert und die Versorgung des Volkes mit Brot aufs schwerste gefährdet. Die sozialdemokratische Fraktion protestiert auf das schärfste gegen das nur den Interessen der Erzeuger Rechnung tragende eigenmächtige Vorgehen des Kriegs- und Ernährungsamtes, das lediglich durch fortgesetzte Preissteigerungen die Erschöpfung der Bestände an Lebens- und Futtermitteln zu bewirken sucht. Die Fraktion erwartet von der neuen Reichsleitung, daß sie das Kriegs- und Ernährungsamt ungehindert zu energischem Vorgehen im Interesse der Verbraucher veranlasst. Sollten diese Erwartungen nicht erfüllt werden, wäre die Fraktion geneigt, die Mitarbeit im Kriegs- und Ernährungsamt einzustellen und ihre Vertreter im Beirat zurückzuziehen, weil sie jede Verantwortung für die kommenden Ereignisse ablehnen muß.

Staatssekretär v. Waldow: Ich bedauere, daß das Kriegs- und Ernährungsamt agrarische Interessen fördere. In Schärfe des Vorgehens habe es das Kriegs- und Ernährungsamt nicht fehlen lassen; der Zwang führe aber nicht immer zum Ziele.

Abg. Kretsch fordert höchst erregt, daß die Angriffe auf die Landwirtschaft aufhören.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag, die Frage der Lieferungen ins Ausland, der Kriegslieferungen und der Kriegsgesellschaften einem zehngliedrigen Untersuchungsausschuß zu überweisen, wird nach kurzer Begründung durch Abg. Stoeckmann angenommen.

Abgeordnetenhaus.

100. Sitzung, Sonnabend, den 1. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Im Ritterschiff: v. Waldow.

Die Ernährungsdebatte wird fortgesetzt.

Abg. Brod (Z.) bekämpft den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Kartoffelration.

Abg. Wente (Sp.): Die Andauflade für Kartoffeln könnte leicht vergrößert werden, wenn die vielfach überflüssig großen Bestände der Rittergüter dafür benutzt würden. Der Fürst Pleh brauchte nur 2000 Morgen seines Bestes an gutem Weizenboden mit Kartoffeln bespinnen lassen und eine Industriestadt von der Größe Waldenburgs könnte davon mit Kartoffeln versorgt werden. Der Großgrundbesitz wehrt sich bei der Durchführung der Kriegs- und Ernährungsamts gegenüber dem Kleinbesitzer Vorteile zu verschaffen. (Große Unruhe rechts. — Strohlohl links.)

Abg. Hofner (Unabh. Soz.): Die Rechte verlangt immer höhere Preise. Trotz hoher Preise geht die Erzeugung von Jahr zu Jahr zurück. Ohne Zwang kommen wir da nicht aus. Es bleibt nur der Weg einer Ueberwachung und Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugung übrig. Die Regierung sollte endlich einmal daran gehen, eine gerechte Verteilung der Lebensmittel wenigstens zu versuchen. Die größten Fehler sind mit den Kartoffeln begangen worden. Wir haben in diesem Jahr eine vorzügliche Kartoffelernte. Nur die Regierungsstellen läppen über die Ergebnisse im Dunkeln, obwohl die Erntemenge bei der Kartoffel genau festzustellen ist. Der heutige Kartoffelpreis ist nicht zu niedrig, er ist viel zu hoch. Das sehen viele Landwirte selbst ein. Zur Zeit kommt in diesem Winter auch noch die Kohlennot, mit der die Bevölkerung im Zusammenhang steht. Sie müßen dem allzu geduldeten deutschen Volk sehr viel zu. Jeder, der den Zeitmangel an wenig ausländischen Körnern, wird auch nur in geringen Mengen gewährt. Man sollte Jeder nicht ausführen. Die höhere Preisration hätte man aufrecht erhalten sollen, aber man schont den Mindestbestand an agrarischen Zukunftsinteressen. In den Massenlieferungen werden elende Massensuppen verabreicht. Die Zustände schreien zum Himmel. So schlimm brauchte es aber nicht zu sein, wenn die Regierung nicht archaische Furcht vor den Agrariern als vor den Massen hätte. Die Großagrarien führen den Hungerkrieg gegen die Großstädter. Im Osten weiterleuchtet es jetzt. Die Arbeiter haben gesehen, daß die Diktatur des Proletariats kein halblöcher Traum zu sein braucht, wenn das Volk will. Diese eindringliche Aufforderung von Russlands Proletariat wird schließlich auch bei uns kein kleines Geflüster finden. (Wohll! bei den Unabh. Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Krüger (natl.), Bratt (H.), Rans (L.), Wuffert (L.), Bethge (L.), Dr. Grunenberg (Z.) wird die Debatte geschlossen.

In der Abstimmung werden die Anträge der Kommission angenommen, der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Kartoffelration wird abgelehnt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Wahlrechtsvorlage. Schluß: 6½ Uhr.

Für die bessere Versorgung Berlins.

Die Schwierigkeiten im Ernährungswesen veranlaßten am Sonnabend die Berliner Ernährungs-Kommission, die aus Anlaß der Arbeitsstellen am 16. April 1918 aus Vertretern der Rüstungsarbeiterschaft gebildet wurde, im Reichstag eine gemeinsame Aussprache mit Mitgliedern des parlamentarischen Ernährungsbeirats und anderen Abgeordneten zu veranstalten. Im Laufe der Verhandlungen, an denen als Vertreter des Berliner Magistrats Herr Stadtrat Dr. Böhmig, als Mitglieder des parlamentarischen Ernährungsbeirats die Abgeordneten Bauer, Wollenbühr, Robert Schmidt, Weis und Dr. Wendorf und weiter die Abgeordneten Barm und Ebert teilnahmen, wurde Herr Unterstaatssekretär Dr. Braun vom Kriegs- und Ernährungsamt ersucht, an der Beratung teilzunehmen, um die Wünsche und Klagen der Arbeiterschaft persönlich entgegenzunehmen. — Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten mit aller Deutlichkeit, daß es unmöglich sei, mit den jetzt festgelegten Rationen auszukommen, daß der Schleichhandel und Wucher unter den Augen und der Vergünstigung der Behörden blühe. Eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfd. sei unerlässlich und auch möglich. — Unterstaatssekretär Dr. Braun versuchte in längeren Darlegungen nachzuweisen, daß das R.G.V. alles getan habe was in seinen Kräften stand. Der Antrag des Verhandlungsleiters Ebert, die angeführten Fragen in der nächsten Sitzung des Ernährungsbeirats zur Verhandlung zu bringen, stimmte der Unterstaatssekretär zu. Die Sitzung findet im Laufe der kommenden Woche statt, in ihr wird auch über die Erhöhung des Hoferspreises und die Unterbindung des Schleichhandels verhandelt werden.

Wagenschmiere für die Wahlreform.

Oder: Wenn zwei daselbe tun.

Auf einem Bahnhof sah jüngst ein Wehrmann, der im Zivilberuf Gastwirt ist, unter anderen Einladungen einen mächtigen Adelp, der die Aufschrift „Wagenschmiere“ trug und vom Pommerischen Viehhandelsverband an den Dekanomen des preussischen Landtages adressiert war. Neugierig, wozu man im preussischen Abgeordnetenhause Wagenschmiere brauche, hob der Wehrmann den Deckel und entdeckte, daß der Inhalt aus prima Schweinefett bestand. Der Wehrmann, der aus seinem Zivilberuf wußte, daß man mit keinen Gastwirten in ähnlichen Fällen wenig Umstände macht, erstattete Anzeige. Er erhielt aber die Antwort, die Erhebungen hätten allerdings ergeben, daß das Schweinefett zur Verpflegung der Abgeordneten bestimmt sei, die fallische Deklaration sei aber nur erfolgt, um den Transport vor Diebstahl zu schützen, so daß eine strafbare Handlung nicht festzustellen sei.

Der Staatsanwalt hat die letzten Gründe seiner Weigerung vielleicht doch für sich behalten. Allerdings soll alles fest, daß der Staatsbürger dann nicht bekommt, durch die Reichsjustizstelle geleitet werden. Allerdings entsteht die Frage, wie der Pommerische Viehhandelsverband fest abgeben kann, da er es doch an die erwählte Reichsjustizstelle hätte leiten müssen? Aber lag nicht ein höherer staatlicher Grund vor, diesmal mehr als ein Auge zuzudrücken? Die innerliche Einsetzung der Herren Abgeordneten soll offenbar ein reibungsloses Zustandkommen der Wahlreform ermöglichen. Sagt doch schon das Sprichwort: Wer gut schmert, der gut fährt!

Auf des Messers Schneide.

In seiner Sonnabend-Morgenansprache wirt das „S. Z.“ die Frage auf, ob es im preussischen Abgeordnetenhause einen Mehrheitsblock für die Einführung des gleichen Wahlrechts gebe und kommt zu folgendem Resultat: Gegenüber den zweifellos wahlrechtsfeindlichen 148 Konservativen und höchstwahrscheinlich wahlrechtsfeindlichen 64 Freikonservativen sind im Abgeordnetenhause vorhanden 73 Nationalliberale, 40 Fortschrittler, 103 Zentrumskräfte, 12 Polen, 10 Sozialdemokraten beider Richtungen und 3 Wilde, zusammen 241 Nichtkonservative, die gegenüber den Konservativen ein Uebergewicht von 99 Stimmen haben. Eine derartige rein ziffernmäßige Berechnung wäre aber ein Trugschluß, denn von dieser Mehrheit sei mindestens ein Drittel der nationalliberalen Stimmen abzuziehen, nämlich der schwerliberale Flügel um Jahnmann, Hirsch und Konjorten. Auch vom Zentrum müsse man wenigstens 10 Mann abziehen. Die Entscheidung liegt also auf des Messers Schneide. Auf diesem Grunde fordert das „S. Z.“, daß sich die wahlrechtsfreundlichen Parteien im voraus auf ein festes Aktionsprogramm einigen.

In Essen erklärte Herr v. Tirpitz auf einer Versammlung der Vaterlandspartei, daß niemand in Deutschland, vom Höchsten bis zum Letzten, diesen Krieg angeht und getrieben hätte. In Essen eiferte Herr v. Tirpitz gegen den englischen Kammerismus und Kapitalismus, während Deutschland im Gegenzug dazu „durch Arbeit jeder Art“ blühe. In Essen appellierte Herr v. Tirpitz an den Gemeinsinn und die Uneigennützigkeit. In Essen weiterte Herr v. Tirpitz gegen die Trübsnagelnden Englands und Amerikas. — In Essen befindet sich belanntlich der Sitz der Firma Krupp.

Friedberg's Wahl. Das Landtagsmandat des Abgeordneten Dr. Friedberg ist infolge seiner Ernennung zum Staatsminister erledigt. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, wird die national-liberale Parteileitung seines Wahlkreises (Solingen-Kennep-Kemfoid) es ihm erneut anbieten.

Hoppen als Tabaktrier. Der Bundesrat hat am Donnerstag eine Verordnung angenommen, durch die Hopfen als Tabaktrier zugelassen wird.

Stadtverordnetenwahlen in Dresden. Die Dresdener Stadtverordnetenwahlen fanden am Freitag unter dem Vurgrieden statt. Auf Grund des bisherigen Bestandes hatte die Sozialdemokratie Anspruch, in zwei Abteilungen insgesamt fünf Mandate zu beanspruchen, die sie auch erhielt. Die Unabhängigen hatten sich alle Mühe gegeben, den Arbeitern die Wahlbeteiligung zu vereiteln, erreichten damit aber gerade das Gegenteil: die Wahlbeteiligung war außerordentlich lebhaft. Die beiden genannten Abteilungen umfassen 18 806 Wahlberechtigte, von denen ein großer Teil zum Heeresdienst eingezogen ist, so daß tatsächlich höchstens 10 000 Wähler übrig bleiben. Von diesen gingen, obwohl ein Wahlkampf nicht stattfand und eine Gefährdung der Mandate nicht zu befürchten war, trotzdem 7475 zur Wahl und stimmten für die sozialdemokratischen Kandidaten.

Letzte Nachrichten.

Der Kampf gegen die Verwirrung in Russland.

Stockholm, 1. Dezember. (Eig. Drahtber. des „Vorw.“) Die russische Regierung entsandte 500 Delegierte zur Aufräumung der Bauern über die wirtschaftliche Reorganisation und 150 zur Ordnung der Bahnstradungen. Tatsächlich ist schon vieles erreicht. Kartoffeln und Kohlen sind im Ueberfluß vorhanden, die Brot ration ist verdoppelt worden.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 22.-24. November tagte eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Legten Berichte über die Tätigkeit der Generalkommissionen, insbesondere über die Schritte gegen die Beschränkungen des Versammlungsrechts, über die Mängel des Hilfsdienstgesetzes, ferner über die Beteiligung der Generalkommission an sozialpolitischen Kongressen usw. Sauer berichtete u. a. über die Gründung eines

Vollbundes für Freiheit und Vaterland.

Nachdem sich aus der Ueberbandnahme der skrupellosen Agitation der „Deutschen Vaterlandspartei“ ergab, daß deren Streifen Millionenfonds zur Verfügung stehen, und daß ihre Bestrebungen nicht allein der Verhinderung eines baldigen Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen, sondern auch der Berechtigung innerer politischer und sozialpolitischer Neugestaltung galten, traten Männer aus den großen Wirtschaftsverbänden, besonders der Arbeiter und Angestellten zu unverbundlicher Aussprache zusammen, um dieser reaktionären Agitation ein Gegengewicht zu schaffen. Man einigte sich auf die Gründung eines Vollbundes für Freiheit und Vaterland, der vornehmlich die großen Wirtschaftsorganisationen sowie auch Einzelmitglieder, nicht aber die politischen Parteien umfassen und für einen baldigen vollstündlichen Frieden sowie für ein neues und freieres Deutschland wirken sollte. Eine von der Generalkommission unter den angeschlossenen Gewerkschaften vorgenommene Abstimmung ergab die Zustimmung zum Beitritt gegen 6 Ablehnungen. Eine Wiederholung der Abstimmung brachte im wesentlichen das gleiche Ergebnis: nur 6 Vertreter stimmten gegen den Beitritt. Der Generalkommission wurde neben dem ordentlichen Beitrag ein Vorschußbeitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Jahr gewährt. Ein Antrag, für weibliche Mitglieder diesen Betrag zu ermäßigen, fand keine Annahme.

Im Mittelpunkt der diesmaligen Konferenz standen die Entwürfe eines

Sozialpolitischen Arbeiterprogramms

und eines **Arbeitskammergesetzes**. Das von der Generalkommission vorgelegte Arbeiterprogramm sozialpolitischer Gewerkschaftsforderungen umfaßt in 18 Gruppen die Forderungen zur Sozialpolitischen Organisation (Verwaltung), Arbeitervertretung, zum Organisationsrecht, Tarifvertragsrecht, Einigungswesen, Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, zur Arbeiterversicherung, Rechtsprechung, Arbeitsvermittlung, zum Genossenschaftswesen, zu den Staatsbetrieben, zur Wirtschaftspolitik, internationalen Sozialpolitik, Volksernährung, Wohnungsfürsorge, Volkshygiene und Volksbildung. Die Forderungen sind eingehend begründet und zu einer Denkschrift zusammengestellt, die eine Neugestaltung der wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnisse Deutschlands verlangt. Diese Denkschrift soll den Regierungen und gesetz-

gebenden Körperschaften unterbreitet, aber auch als Werbeschrift für die sozialpolitische Neuorientierung veröffentlicht werden. Ueber diese Programmschrift referierte Umbreit. Er bezeichnete die Neuorientierung als eine von der Regierung selbst anerkannte Schuldverpflichtung gegenüber der deutschen Arbeiterklasse, deren Einlösungstermin jetzt gekommen sei. Die Gewerkschaften hätten Klarheit zu schaffen über die Tragweite dieser Verpflichtung. Es handle sich aber nicht um die Belohnung der Arbeiterklasse für ihre Haltung im Kriege, sondern um die von Regierung und Öffentlichkeit selbst zugestandene Anerkennung der hohen Bedeutung der Arbeiterklasse für das gesamte Volks- und Wirtschaftsleben und um den Ausdruck der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Gesellschaftsklassen. Mit der Eingabe an die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften sei eine allgemeine Propaganda zu verbinden, die zugleich der Förderung der Gewerkschaften zugute komme. Die Debatte wandte sich sofort den einzelnen Abteilungen des Programms zu. Sie ergab im wesentlichen das Einverständnis der Vorstandsvorstände mit den Forderungen; doch wurden auch manderlei Neuformulierungen, Streichungen und Ergänzungen beschlossen. Der Herausgabe des Programms als Eingabe sowie als Werbeschrift stimmte die Konferenz zu.

Den Entwurf des

Arbeitskammergesetzes

begründete Legien. Der Entwurf ist das Ergebnis gemeinsamer Arbeit der Zentralen aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände, die die Zeit für günstig erachteten, die Schaffung gesetzlicher Arbeitervertretungen durchzuführen. Da die Gewerkschaften auf der Forderung von Arbeiterkammern, die übrigen Gruppen auf der von Arbeitskammern bestanden, so kam ein Kompromiß zustande, nach dem paritätische Kammern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen seien, den Arbeitnehmerabteilungen indes das Recht zuzusprechen, zwecks eigener Interessendvertretung für sich allein zusammenzutreten, Anträge zu stellen, Eingaben zu machen, Gutachten abzugeben und Erhebungen zu veranstalten. Die Kammern sollen territorial aufgebaut werden, aber auch besondere Berufsabteilungen für die Land- und Forstwirtschaft, sowie für kaufmännische und technische Angestellte erhalten und neben dem Recht der Antragstellung, Segulassung und Erhebung auch allgemein wirtschaftliche und soziale Wohlfahrts-, sowie Verwaltungsaufgaben erhalten. Im besonderen sollen sie bei der Regelung des gewerblichen Schulwesens und Lehrlingswesens mitwirken, den Abschluß von Tarifverträgen sowie von Fachauschüssen für die Hausindustrie fördern, deren Tätigkeit bei der Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen unterstützen und den von diesen festgestellten Lohnsätzen durch Beschluß unabhängige Kraft verleihen. Sie sollen ferner Einigungsämter und Schlichtungsstellen errichten und die Mitglieder des Einigungsamtes aus ihrer Mitte wählen. Der Entwurf regelt zugleich die obligatorische Einsetzung von Arbeiter- und Angestellten-ausschüssen für alle Betriebe mit mindestens 20 Personen, deren

Wahl und Aufgaben, sowie die Wahl der Mitglieder der Schlichtungsstellen und die Aufgaben der Einigungsämter. Der Referent legte überzeugend dar, daß in diesem Entwurf die Wünsche der Arbeiter- und der Arbeitskammern vereint seien und gleichzeitig die Möglichkeit der dauernden Erhaltung der Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen des Hilfsdienstgesetzes gegeben sei. In der Debatte wurde dem Entwurf im allgemeinen zugestimmt und nur einige Veränderungen gewünscht, über die mit den übrigen Zentralen eine Verständigung herbeigeführt werden soll.

Nach einer kurzen Aussprache über Erfahrungen aus der Wirksamkeit von Arbeitern als Schlichter und Gewerkschaften wurden die

Differenzen im Leipziger Gewerkschaftskartell eingehend erörtert. (Hierüber haben wir ausführlich berichtet im „Vorwärts“ Nr. 326 vom 28. November). Zu diesem Punkt nahmen die Vorstandsvorstände nachstehende Resolution an:

„Nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse sollen die Zweigvereine der gewerkschaftlichen Zentralverbände zu einem Kartell sich vereinigen. Die Gründung eines zweiten Kartells ist unzulässig und bedroht die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung, die zur Erfüllung der örtlichen Aufgaben der Gewerkschaften unbedingt notwendig ist.“

Die Beitragsleistung aus Verbandsmitteln an ein Kartell, das im Gegensatz zu dem bestehenden Kartell gegründet wird, erachtet die Konferenz als im Widerspruch stehend mit den Verbandsstatuten und den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und der Verbandstage.“

Mit dem ersten Teil dieser Zeitsäße erklärten sich sämtliche Verbandsvorstände einverstanden; nur gegen den Schlußsatz stimmte ein Vertreter.

Ein Antrag, das Verbot des Uebertritts von Mitgliedern aus einer Gewerkschaft in die andere während des Krieges wurde abgelehnt.

Die Anregung, die

Einführung der ungeteilten Arbeitszeit unter der Voraussetzung achtstündiger Arbeitszeit mit kurzen Pausen und ausreichender Ernährungsfürsorge zu empfehlen, wurde nach kurzer Erörterung abgelehnt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die körperlichen Anforderungen und gesundheitlichen Wirkungen nicht in allen Berufen die gleichen seien und daß besonders die eine Voraussetzung für den Wegfall längerer Mittagspausen in den Großstädten, die weiten Entfernungen der Wohnungen vom Arbeitsplatz in den Kleinstädten und auf dem Lande nicht in gleichem Maße liegen, weshalb einer Vereinfachung dieser Reform schwere Bedenken entgegenstünden.

Zur Erreichung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung sollen besondere parlamentarische Schritte unternommen werden.

Bearbeitet für Politik: Erich Sattler, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neufahrn; für Inserate: Dr. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt, Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW, Stern 3 Verlagshaus.

O. Wertheim

Kleiderstoffe

Blusenstoffe 70 cm, mit kunsts Streifen gestreift, aus Schappseide in modernen Farbenstellungen aus Schapp-Seide, 110 cm, Streifen u. Karos, schön. Farb. 130 cm breit, einfarbig, in verschiedenen Preislagen 130 cm breit, klein gemustert
Kleiderstoffe schwarz, wollene u. halbseid. Gewebe in verschied. Arten

Seidenstoffe

Schottenseide etwa 45 cm breit
Gestr. Blusenstoffe etwa 45 cm breit
Taffet schwarz und farbig in versch. Breiten
Chinakrepp etwa 100 cm breit
Seid. Kostümstoffe versch. Webarten
Trikotstoffe für Jacken u. Blusen, 100 u. 140 cm
Bestickte Seidenstoffe auf Taffet und Schleierstoff (nur Leipzigerstraße)
Sammet für Jacken, etwa 70 cm breit
Plüsch für Mäntel, etwa 120 cm breit

Tischzeuge

Jacquard u. Damasthandtücher Reinleinen, vorzügliche Güte
Reinl. Gerstenkornhandtücher mit Hohlraum
Jacquard-Tischtücher 130x160 cm, 150x150 cm, 160x225 cm, preisw. Marken
Tee- u. Kaffeegedecke weiß und mit farb. Kante, mit 6 und mit 12 Mundtüchern

Blusen

Bluse aus Perleide, halbfreie Form mit Knöpfen garniert . . . 24.00
Bluse aus Taffet, lesche halbfreie Form und Knopfgarnitur . . . 26.00
Bluse aus gestreifter Seide mit einfarbigem Seidenkragen . . . 36.75
Bluse aus Perleide, reich mit Knöpfen garniert . . . 38.00
Bluse aus Perleide, in verschied. Farben . . . 41.00
Bluse aus Crêpe de Chine mit rundem Ausschnitt u. großem Kragen . . . 56.50

Tisch-Mundtücher in preisw. Auswahl weiß u. mit farb. Kante
Frottierhandtücher bunt gewebt, in verschied. Ausführungen und Größen
Kaffeedecken 100x100, 100x120, 100x130 cm
Badetücher
Für Festgeschenke passend:

Reichhalt. Auswahl in gestickten Decken u. Tischläufern und Spitzen-Tischwäsche

Kleiderröcke

Schottenrock mit aufgesetzten Taschen . . . 33.00
Rock aus gemust. Stoff, Glockenform . . . 34.00
Rock aus gemustertem Stoff, mit Taschen u. Knopfverzierung . . . 40.00
Rock aus Meltoncheviot, mit aufgesetz. Tauch. u. Gürtel, blau . . . 44.00
Rock aus Melton-Cheviot mit eingesechnittenen Taschen, aufgesetztem Gürtel u. Knopfgarnitur, blau, schwarz . . . 63.00
Seidenröcke in reichhaltig. Auswahl und allen Farben . . . 75.00 an

Damenwäsche

Taghemden mit Stickerei oder Madeira-Passen 14.75
Taghemden mit Stickerei-Ansatz . . . 15.00
Garnituren
Taghemden Beinkleider Nachthemden mit Stickerei-Ein- und -Ansatz
17.75 16.50 29.75
mit Stickerei und Spitze
19.50 15.75
mit Stickerei-Ein- und -Ansatz
21.75 19.75 35.00
Beinkleider mit Stickerei-Volant 9.75
Beinkleider Rockform m. Stick. Volant . . . 19.50
Beinkleider Rockform mit Ein- und Ansatz . . . 27.75
Untertaillen versch. Ausf. 10.50 bis 16.75

Kinderwäsche

Mädchenhemden m. Stickerei, 45 b. 105 cm 3.85 bis 12.75
Knabenhemden 50 bis 95 cm . . . 5.00 bis 14.75

Damen-Paletots und -Mäntel

aus modernen Winterstoffen, Plüsch und Astrachan, in verschiedenen Ausführungen. Reichhaltige Auswahl

Starke Büste
wird erlangt durch das echte Bocalin-Busonwasser welches die Formen zur höchsten Entfaltung bringt u. einen gleichmäßigen Halsansatz bewirkt. Durch natürliche äußerliche Kräftigung wird die erschlaffte Brust gefestigt u. die unentwickelte kleine Büste vergrößert. Zahlr. Anerkennungen. Wirkung unübertroffen. Flasche 4 Mark. Kosmet. Laborat. H. Bocalin, Berlin 20, Schönhauser-Allee 132

Wintermäntel
Kostüme und Röcke
Wasserdichte Mäntel
direkt aus der Fabrik
gibt jetzt auch an Private
Bilskis Damenmäntel-Fabrik
Krausenstr. 30, Hof, Erdgeschoss.
Sonntag 12-2 geöffnet.

5 Tage zur Probe
Großes Plattenlager Photograph. Apparate unter gleichen Bedingungen
mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen und gegen bequeme Monatsraten liefern wir unsere weitbekanntesten, trichterlosen Sprechapparate, mit ausgewählten nadellosem, sich nahezu niemals abnutzenden Saitenplatten spielbar. Haben Sie schon einmal Saiter-Platten gehört? Saiter-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den üblichen Nadellplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen wie beim ersten Spiel.
Lassen Sie sich sofort einen unserer Apparate bestellen!
»Ullmann« aus Metall m. Linkstraster-Verleumdung, eleg., unempfindlich, — stets gleich gut in Wiedergabe u. Ton. Preis m. 10 Doppelplatten (20 Stücke) 193 Mk., Monatsrate 8 Mk.
»Saffir« aus Eiche, pol., mit Schal-körper aus gebogenem Holz und Rekordüberwerk. Preis mit 10 Doppelplatten (20 Stücke) nur 120 Mk., Monatsrate 10 Mk.
»Konsort« von höchster Tonstärke und großer Klangfülle. Salonstück für Auge und Ohr. Preis m. 10 Konzert-Doppelplatten (20 Stücke) nur 155 Mk., Monatsrate 10 Mk.
Besuchen Sie unsere Vorführungsreihe Alexandriergasse 57
Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten monatlich nur die geringe Rate, bei Nichtgefallen nur die ganz minimalen Transportspesen zu zahlen. Verlangen Sie sofort den gewünschten Apparat zur Probe.
Bial & Freund, Post. 1117 Berlin S. 42

Künstl. Zähne m. echtem Friedens-Kautschuk
Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnziehen mit Betäubung, Umarbeitung, Reparaturen sofort. Billigste Preise. Zähne von 2,00 an.
Zahn-Praxis M. Läser nur Brunnenstr. 185 nahe Invalidenstr. Persönl. zu sprechen 10-7, Sonnt. 10-12, Tel. N. 11 503

Glühpunsch, alkoholfrei. Liter 2,00 Mk.
Kaiserpunsch, alkoholfrei. Liter 2,20 Mk.
1 Teil Punschextrakt, 2 Teile siedendes Wasser ergeben einen köstlichen süßen Punsch. Kein Zucker erforderlich. Die Extrakte sind unter Vermeidung von Wein hergestellt. Das beste Getränk in jedem Haushalt. Ein Glas Punsch stellt sich auf ca. 5 Pfennige. — Es wird heiß, geboten, kläglich oder Gefäße zum Abkühlen mitzugeben.
H. Krömer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 66.
2. Verkaufsstelle, Reindorfer Str. 109.
3. Andreasstr. 78.
4. Neuhöll, Berliner Str. 76.
Verkauft noch außerhalb in Reichhaltigen von 5, 10 u. 25 Liter.